

Verkauft täglich außer Montags... Preis pr. Quartal... Preis pr. Monat...

Infektions-Gebühr beträgt für die... Expedition ist an Wochentagen...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 13. Dezember 1892. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Demokratie und Monarchie.

Der Gegensatz zwischen Demokratie und Monarchie... Der Gegensatz zwischen Demokratie und Monarchie...

Bereine statt der erforderlichen 50 000 Unterschriften... Die Initiative ist ein vortreffliches Mittel...

trachtet werden müsse. Mit dieser nach und nach... Die damaligen Regierungsmänner des Kantons Zürich...

das allein vernünftige und gerechte allgemeine Wahlrecht... Die schweizerische Bundesverfassung...

der Dinge hemmen; diese Wachstumsfaktoren sind der Demokratie... Die Geschichte der schweizerischen Demokratie...

trastischen Führer der Bewegung wurden „Umstürzler“... „Was machen Sie denn für ein dummes Gesicht?“...

Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Er dachte: „Ich bin zu kalt, ich bin ein Dummkopf...“ Er dachte: „Ich bin zu kalt, ich bin ein Dummkopf...“

beibehalten, und Duroy sollte auch die Stellung und das Gehalt... Sie lebten in Gütertrennung; alle Möglichkeiten wie Tod, Scheidung...

„Was machen Sie denn für ein dummes Gesicht?“ fragte sie. „Das liegt an meiner Rolle,“ erwiderte er, „an die Sie mich eben noch erinnert haben.“

So vollziehen sich die Revolutionen in der Demokratie! Ohne Schwertfeld, ohne Pulver und Blei, ohne Hochverratsprozesse, Standgerichte, ohne Hinrichtungen und ohne Kerker stürzt die geänderte Zeit das Alte, aus dessen Ruinen neues Leben blüht. Das Bürgerthum des Kantons Zürich hat seine ihm von der Geschichte gestellte politische Aufgabe energisch und redlich gelöst und anlässlich der 25jährigen Jubiläumfeier kann die demokratische Partei mit Stolz auf ihr Werk und dessen geschichtliche Segenspende zurückblicken. Und auch sie sieht bereits ihre Nachfolgerin, die Sozialdemokratie auf dem Plane, in deren vordersten Reihen heute wie vor 25 Jahren bei der Verfassungsbewegung unser altbewährter Kämpfer Karl Bürkli steht. Sollte ihm nicht das Glück beschieden sein, noch den Sieg des sozialistischen Gedankens in derselben friedlichen Weise sich vollziehen zu sehen, wie vor einem Vierteljahrhundert den Sieg des demokratischen Gedankens? —

Könnte man in den Monarchien nicht auch etwas aus der Geschichte der Demokratie lernen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Die heutige Reichstags-Sitzung brachte uns nicht die Fortsetzung der Debatte über das Militärgesetz, wohl aber anlässlich der Interpellation Marquardsen eine Erklärung des Reichskanzlers über die Qualität der deutschen Soldatenflinten. Daß die deutschen Flinten gut schießen, das haben wir niemals bezweifelt — namentlich nachdem der Gesetzte Päck und andere die Tüchtigkeit besagter Flinten so glänzend ad hominem — an dem Leibe deutscher Reichsbürger bewiesen haben.

Die Interpellation der Agrarier, betreffend die internationale Münzkonferenz brachte uns die unvermeidliche Doppelmehrung oder Silberdebatte, mit den üblichen unvermeidlichen Reden der Herren Kardorff, Mirbach, Leuschner, Frege und Konsorten einer- und Bamberger's andererseits. Diesmal sprach auch ein sozialistischer Redner — Weibel —, der durch eine Bemerkung Kardorff's provoziert war. Der Reichskanzler wies die Interpellanten sehr scharf ab, so scharf, daß der unfreiwillige Komiker v. Schallha sich und den übrigen Doppelmehrungsleuten eine humoristische Grabrede hielt. Die konservativen Agrarier benutzten die Gelegenheit, um die Antisemiten von ihren Rockschößen zu schütteln, was eine drohende Strafrede des fürchterlichen Liebermann von Sonnenberg zur Folge hatte. Morgen Militärgesetz. —

Der Bundesrath ertheilte in der am Freitag voriger Woche unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes, und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher die Zustimmung und erklärte sich mit der Wiederholung des Gesetzentwurfs gegen den Verrath militärischer Geheimnisse an den Reichstag einverstanden. Der Antrag

Badens, betreffend Ausnahmen vom Verbot des Umlaufs fremder Scheidemünzen, der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit dem Freistaat Kolumbien und der Entwurf von Vorschriften über die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Von der Denkschrift über die Cholera-Epidemie dieses Jahres nahm die Versammlung Kenntniß. —

Der Antrag, das Strafverfahren gegen Ahlwardt in dem „Judenflinten-Prozess“ während der Dauer der Reichstags-Session einzustellen, bedarf 15 Unterschriften. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt:

„Außer den Antisemiten v. Liebermann, Videnbach und Werner haben denselben nur Sozialdemokraten (unter anderem Singer und Stadthagen) unterzeichnet; die Mitglieder der anderen Parteien waren zur Unterzeichnung nicht zu bewegen, weil sie „ihre Vorstände darüber noch nicht gehört hatten.“ (F!)“

Sie hatten sich nicht zu einander gesetzt, um den schönen lichten Mittag verlöschen zu sehen.

In Rautes wurde die kleine Delflamme des Wagens angezündet, und sie begann ihr zitterndes gelbes Licht auf die grauen Polster zu werfen.

Duroy hatte die Taille seiner Frau umschlungen und drückte sie in sanfter Zärtlichkeit an sich. „Ich liebe Dich, süße Magda“, flüsterte er.

Ihre Lippen suchten seinen Mund zum langen Kusse. Dann blieben sie, Wange an Wange geschmiegt und die Augen in die Nacht draußen versenkt, aus der zuweilen Lichter aufblitzten, still bei einander sitzen, bis Rouen herankam.

Sie stiegen in einem Hotel ab, dessen Fenster auf den Kai hinaussahen und offen ein wenig zu Abend.

Am andern Morgen wurden sie gegen acht vom Zimmermädchen geweckt.

Duroy war etwas unruhig, wie der Besuch bei seinen Eltern verlaufen würde. Er hatte seine Frau zwar auf alles schon vorbereitet und aufmerksam gemacht und auf sie eingepreßigt, aber er hielt es doch für gut, seine Worte noch einmal zu wiederholen.

„Es sind Bauern, darfst Du nicht vergessen, richtige Bauern vom Lande und nicht von der Römischen Oper.“

„Das weiß ich ja,“ erwiderte sie lachend, „Du hast es mir oft genug gesagt.“

Er zog sich die Stiefeln an: „Auf Bequemlichkeiten können wir bei ihnen nicht rechnen. Nur ein altes Bett mit einem Strohsack sieht in meinem Zimmer. Matratzen kennt man in Contelen nicht.“

„Das schadet nichts“, rief sie lustig. „Ach wird das hübsch sein, wenn wir dann Morgens vom Krähen der Hähne geweckt werden.“

Sie hatte ihren Morgenrod angelegt, ein weites Kleid aus weißem Flanell, das Duroy sofort wieder erkannte. Sein Anblick war ihm unangenehm. Warum nur? Seine Frau besaß ein ganzes Duzend solcher Morgenkleider, das mußte er. Sie konnte doch nicht die Ordnung ihrer Aussteuer zerstören und ein neues kaufen! Gleichviel, es war ihm unangenehm. Es erinnerte ihn an Forestier.

Reichstagswahl in Kaufbeuren. Nach der Germania ist der Zentrumskandidat Jintz mit gegen 2000 Stimmen Majorität gewählt. Jintz erhielt 8476, Stigl 3020, Wagner (nationalliberal) 2717, Jitt (Sozialdemokrat) 797 Stimmen. —

Die Antwort des Reichskanzlers auf die Judenflinten-Interpellation lautet:

Unser neues Infanteriegewehr ist ein durchaus gutes im Modell und der Ausführung und es entspricht allen Anforderungen, die die moderne Kriegskunst an eine Handfeuerwaffe zu stellen hat. Das gilt in seinem ganzen Ansatze auch von den bei uns beschafften Gewehren. Der Gedanke, an Löwe Gewehre zurückzugeben oder künftig nicht mehr bei ihm zu bestellen, ist der Staats- und Reichsverwaltung nie gekommen. Daß heute eine solche Bekehrung entstehen könnte, liegt weniger an dem Gewehr, als in den Zeitverhältnissen. Auch bei der Einführung des Jämbnadelgewehrs, welche ich selbst erlebt habe, wurde dies neue Gewehr auf das schärfste angegriffen, hauptsächlich in Offizierskreisen und es kurzten da sogar Wühlblätter über dieses Gewehr. Damals hatten wir noch nicht die Presse, nicht den Parlamentarismus und nicht die Mitwirkung der öffentlichen Meinung in so ausgedehnter Maße wie heute. Wenn nun ein Gewehr, wie das neue, das seiner Natur und den Fortschritten der Technik und Kriegskunst nach ungleich subtiler als unsere früheren Gewehre, besonders als das Jämbnadelgewehr ist, in den Händen einer Landwehrtruppe, die es zum ersten Male in ihre Finger bekommt, eine Menge von Beschädigungen erleidet, so ist das an und für sich kein Wunder. Die bekannten Wefeler Papiere sind nicht, wie in dem Prozeß gesagt wurde, durch einen böswilligen Vertrauensmißbrauch in die Hände des Angeklagten gelangt, sondern es ist das ein kleiner, gewöhnlicher, gemeiner Diebstahl, nicht mehr und nicht weniger. (Hört! Hört!) Die Papiere haben in Wesel in einer offenen Wanne auf dem Tische im Kommandogebäude gelegen und sind dort weggenommen worden. Die Schriftstücke waren gar nicht als geheime vorgelegt. Die Reparaturen, welche an den Gewehren vorgenommen werden, betreffen in den meisten Fällen nicht solche Fehler, welche die Kriegstüchtigkeit der Gewehre beschränken. Die Artilleriedepots, in denen die Gewehre lagern, betrachten nach den Übungen die Gewehre mit der Lupe und bemängeln jede Kleinigkeit. Das ist auch gut. Man kann aber daraus nicht schließen, daß, wenn nach einer Übung eine Menge von Gewehren, die in wenig geübten Fingern waren, bemängelt werden, daß die Waffe schlecht ist. Nach der Liste der Reparaturen des Artillerie-Depots in Wesel sind es nur drei Reparaturen, die allenfalls auffallen können. Reparaturen werden auch häufig dadurch verursacht, daß das Material nicht überall gut gewesen ist. Es kann sich herausstellen, daß das Eisen oder der Stahl zu spröde oder zu weich gewesen ist. Aber daraus kann nicht das Mindeste für die Kriegsbrauchbarkeit nachteilig geschlossen werden. Unter den Infanterie-Seitengewehren desselben Landwehr-Bataillons, Modell 71, die also lange vorher angefertigt worden sind, sind 81 als reparaturbedürftig erkannt worden. Wenn das an einem Dinge vorkommen kann, das gar nicht geübt worden ist, so kann man sich nicht wundern, daß solche Reparaturen in ungleich größerer Zahl bei den Gewehren vorkommen. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß vielfach an ein und demselben Gewehr mehrere Reparaturen vorkommen, dadurch also die Summe der reparaturbedürftigen Gewehre sich noch verringert. Es ist vor Gericht nun versucht worden, die Militärverwaltung in einer unantwortlichen und gewissenlosen Weise zu verleumdern. (Hört! Hört!) Ich kann das als Angehöriger des deutschen Heeres und als Vertreter der auswärtigen Politik des Reiches nur auf das Schärfste brandmarken. (Lebhafte Beifall.)

Sächsischer Kriegsminister General-Lieutenant v. d. Planitz:

Es ist richtig und man darf voraussetzen, daß bei den Übungen des sächsischen Armeekorps schlechte Erfahrungen mit den Löwe'schen Gewehren gemacht worden sind. Wir stehen der Löwe'schen Fabrik vollständig objektiv gegenüber, da diese nicht direkt an uns geliefert hat. Wir haben vielmehr die Gewehre beim preussischen Kriegsministerium bestellt und haben von diesem selbstverständlich auch solche erhalten, die bei Löwe gemacht sind. Nach dem Erscheinen der ersten Broschüre von Ahlwardt sind in Sachsen die Löwe'schen Gewehre untersucht worden. Es wurden 200 derselben mit den in Staatsfabriken angefertigten Gewehren verglichen. Es wurden aus jedem Gewehr 50 Schüsse abgegeben und zwar 25 gewöhnliches und 25 Schüsse Schnellfeuer. Das Resultat war, daß die Löwe'schen Gewehre vollständig gleichwerthig mit den Gewehren aus Staatsfabriken waren. Auch bei den Übungen von sechs Reserve-Bataillonen, von denen fünf mit Löwe'schen Gewehren ausgerüstet waren, haben sich letztere durchaus bewährt, und alle in der „Neuen Deutschen Zeitung“ in Leipzig und anderswo mitgetheilten Thatsachen, welche sich auf die Unbrauchbarkeit der Löwe'schen Gewehre bezogen, haben sich als falsch herausgestellt. Nach meiner festen Ueberzeugung ist

Er ging zum Fenster und zündete sich eine Zigarette an. Der Anblick des Hafens, des breiten Flusses, der Segelschiffe mit ihren schlanken Masten, der stämmigen Dampfer, die mit Hilfe von Krähen entladen wurden, blieb doch nicht ohne Wirkung auf ihn, so oft er es früher auch gesehen hatte.

„Donnerwetter, ist das schön!“ rief er.

Madeleine lief herbei, legte ihre beiden Hände auf eine Schulter ihres Gatten und lehnte sich hingebend an ihn. Voller Entzücken blickte sie hinaus und wiederholte: „Ach, ist das hübsch, ist das hübsch! Ich dachte gar nicht, daß es soviel Schiffe geben könnte!“

Eine Stunde später brachen sie auf. Bei den Alten, die schon seit einigen Tagen Bescheid wußten, wollten sie Mittag essen.

Ein offener Wagen, er war vor Alter rostig, trug sie hinaus. Er klapperte wie eine Kesselschmiede, als sie durch die Straßen fuhren, zuerst durch eine lange, häßliche Gasse. Dann ging es durch Wiesen, an einem Bach vorbei, und endlich die Anhöhe hinan.

Madeleine war müde geworden und halb eingeschlimmert in dem warmen, schmeichelnden Sonnenlicht, das sie in dem alten Wagenlasten umflutete und durchdrang, als nähme sie ein wahres Licht und Dandluftbad.

Ihr Mann redete sie. „Sieh nur,“ sagte er.

Der Wagen hielt. Zwei Drittel der Anhöhe lagen hinter ihnen; sie befanden sich an einem berühmten Aussichtspunkte, der allen Reisenden gezeigt wird.

Das weite, gewaltige Thal lag zu ihren Füßen. Von dem einen bis zum andern Ende durchglänzte es der bewegte Strom. Man sah ihn von unten herkommen, an zahlreichen Inseln vorbeischießen und eine Biegung machen, bevor er durch Rouen floß. Dann tauchte auf der rechten Flußseite die Stadt auf; noch schwamm sie im leichten Morgennebel, aber ihre Dächer bligten schon auf in der Sonne. Zahllose schlanke Thürme ragten aus dem Dunst empor, spitz und stumpf, die wie Riesenspielzeug aussahen, viereckige und runde, heraldische Kronen auf dem Haupt, Glockenthürme, Warten, kurz das ganze Volk gotischer Kirchenbauten. Alle überragte eine merkwürdige, häßliche,

das Gewehr der deutschen Armee vollständig kriegsbrauchbar und die Löwe'schen Gewehre stehen den anderen nicht nach. Ich glaube, die Nation kann sich in dieser Beziehung vollständig aller Sorgen entlageln. —

Ein Heimstättengesetz: Entwurf ist von den konservativen Abg. Graf von Dönhoff, Friedrichstein, Graf Douglas, Gehlert, Lutz, Menjer und einer Anzahl Mitglieder beider konservativer Parteien und des Zentrums im Reichstage eingebracht. —

Unterstützungswohlfühl. Offiziell wird geschrieben: Die Meldung, es sei ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Unterstützungswohlfühl, hauptsächlich in Vorbereitung, darf insofern als zutreffend bezeichnet werden, als seit geraumer Zeit Erhebungen stattgefunden und das einschlägige Material gesammelt und geordnet wird. Die Vorbereitung der Materie ist aber noch nicht so weit gediehen, um die Annahme gerechtfertigt erscheinen zu lassen, ein solcher Gesetzentwurf werde noch in dieser Session an den Reichstag gelangen.

Die preussischen Junker und Agrarier werden sich alle mit der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter noch etwas gedulden müssen. —

Ein offiziöser Wink. Wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Wohl der Fabrikanten zu Herzog geht, erhebt aus nachstehender Belehrung dieses Blattes es schreibt:

„Nebenbei wieder wurden vielfach Klagen darüber laut, daß Betriebsunternehmer wegen der Ueberbetretung polizeilicher Vorschriften seitens jugendlicher Arbeiter zu Polizeistrafen verurtheilt sind, obwohl dieselben von diesen Uebertretungen etwas gewußt, was schweige denn sie veranlaßt hätten. Durch die Gewerbeordnungs-Novelle sollte diesen Klagen abgeholfen werden und könnte es auch, wenn die Unternehmer größerer Betriebe, welche solche Uebertretungen unmöglich selbst verhindern können, überaus von der ihnen durch die neue Fassung des Abs. 1 des § 13 gewährten Befugniß Gebrauch machten. Durch diese Bestimmung ist nämlich die Verantwortlichkeit des Unternehmers für den Fall beschränkt worden, daß er eine an sich geschäftliche Person mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder eines Theiles desselben beauftragt. Dieser Beauftragte ist dann für solche Uebertretungen haftbar und kann es auch sein, weil ihm die Ueberwachung der Arbeiter möglich ist.“

Zum Ahlwardt-Prozess schreibt die „Kreuz-Zeitung“: „Das Erkenntniß stellt fest, und darauf vor allem kommt es an, daß die von der Firma Löwe u. Co. gelieferten Gewehre nicht die von dem Angeklagten behauptete schlechte Beschaffenheit haben, sondern kriegsbrauchbar sind. Da sich dies, wie bereits früher bemerkt, mit unseren eigenen Wahrnehmungen deckt, so reicht es für uns aus; für andere mag zwar sehr weite Kreise jedoch, die nicht in der Lage sind, sich auf die Thatsachen zu stützen, die uns zu Gebote stehen, es vielleicht nicht ausreichen.“

„Um so weniger“ versteht die „Kreuz-Zeitung“ es, weshalb der Gerichtshof eine ganze Reihe von Beweisunterlagen Ahlwardt's und seines Betheidigers abgelehnt hat. Was sollte denn der Gerichtshof noch weiter beweisen lassen? Selbst in dem Strafmaß, auf welches erkannt ist, glaubt die „Kreuz-Zeitung“, daß der Gerichtshof das Richtige getroffen hat. Sie hätte nur gerne die „unruhigbaren“ Einzelschüsse, die der ganze Prozeß machte, noch mehr festgestellt gesehen. Wir hätten dieses, namentlich die ganzen Arbeiterverordnungen der Löwe, die Ueberwachung der Arbeiter, die der Waffenfabrik und ähnliches, auch gerne genauer geordnet gesehen. Aber der Gerichtshof hat uns nicht den Gefallen, obgleich es vielleicht im näheren Zusammenhang mit dem Prozeß steht, als der Schmutz, welchen die „Kreuz-Zeitung“ gern aufgewühlt gesehen hätte. —

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:

„In Bezug auf die Unterbrechung des Strafprozesses gegen Ahlwardt haben wir niemals, wie uns die Germania“ und der „Vorwärts“ deutet, befürwortet, Ahlwardt abzuhalten, das Haus am Leipzigerplatz zu betreten. Wir haben lediglich befürwortet, das man nicht ohne Strafprozeß unterbrechen soll, als bis Ahlwardt in der Lage ist, hauptsächlich von dieser Unterbrechung des Prozeßes parlamentarischen Gebrauch zu machen durch den Eintritt in den Reichstag.“

Herr Eugen Richter wünscht eben, daß bis Ahlwardt die Gefängnisstrafe, die er gegenwärtig verbüßt, abgesehen hat, auch die neu erkannte Strafe wegen der „Judenflinten“

sonderbare, gewaltige Bronzenadel, die Spitze der Kathedrale, die die höchste der Welt sein soll.

Aber drüben, auf der anderen Seite des Stromes erhoben sich die runden, an der Spitze angebauchten Fabrikgeschornsteine der großen Vorstadt Saint-Sever.

Zahlreicher noch als ihre Brüder, die Kirchtürme, stiegen ihre hohen Ziegelsäulen weit in das Land hinauf empor und wirbelten schwarzen Kohlenrauch zum blauen Himmel auf.

Und der höchste Schlot unter allen war so hoch wie das zweithöchste menschliche Bauwerk, die Cheops-Pyramide und kam fast der Spitze der stolzen Kathedrale gleich; wie sie die Königin der spizen Menge heiliger Bauten erschien diese mächtige Feuersee über das arbeitssame, rauchende Volk der Fabrikanten zu herrschen.

Hinter der Arbeitervorstadt breitete sich ein Tammenwald aus und schnitt den Horizont ab. Zwischen Stadt und Vorstadt aber lag die Seine hindurch, brach sich durch wellige, bebauete Hügel Bahn, die nur stellenweise durch weißen Steinsockeln vorwießen und verschwand, nachdem sie einen langen runden Bogen beschrieben hatte, dann zum Horizont.

Schiffe kamen den Fluß hinab und hinauf gezogen, die nicht größer wie Züge zu sein schienen und blickten Dampf ausspieen. Inseln lagen über dem Wasser bald dicht an einander gereiht, bald in großen Zwischenräumen, wie gleich vertheilte Körner einer grünen Samen.

Der Rutscher erwartete, daß sich die Reisenden jetzt genug an der Landschaft begeistern hätten. Aus Erfahrung wußte er bei allen Sorten von Besuchern, wie lange ihre Bewunderung dauerte.

Aber als sich der Wagen eben in Bewegung setzen wollte, sah Duroy plötzlich in einer Entfernung von einhundert Schritt zwei alte Leute ihnen entgegenkommen und er sprang aus dem Wagen und rief: „Das sind sie! Ich erkenne sie.“

(Fortsetzung folgt.)

schicklich geworden und Ahlwardt dann weiter verhindert in den Reichstag zu treten. Die Ausrede des Herrn Richter lautet, daß er das Klägliche seiner Haltung in dieser Frage selbst fähig. —

Deutsche Zeitungslugend. Das „Leipziger Tageblatt“ bringt unter der Ueberschrift: „Der Fall Salling“ einen Artikel des „Deutschen Bürger- und Bauernfreund“, der folgenden Vorschlag macht:

Die Berliner Zeitungen müßten untereinander in Verbindung treten, um ihre Arbeitsräume von allen zweifelhaften Gesellen gründlich zu reinigen. Sie müßten einen Verband gründen zur Erhaltung ihres Ansehens und zum Schutz ihrer Ehrenhaftigkeit. Der Verband müßte sich verpflichten, nie und nimmer wieder einen Menschen zu beschäftigen, dem einmal eine unehrenhafte Handlung nachgewiesen ist. Jede Zeitung aber, bei der ein Lump betroffen und überführt wird, müßte eine möglichst hoch bemessene Strafe zu Gunsten der Verbandskasse bezahlen. Wenn die Zeitungen in Berlin sich nicht selbst in ihrem geschädigten Ansehen wiederherstellen können, so ist ihnen auch nicht zu helfen. Das hat der Fall Salling unwiderleglich klar gemacht.

Den meisten Zeitungen kommt es weniger auf die „Reinigung“ als auf den Profit an. Was würde wohl das „Leipziger Tageblatt“ oder die ihr verwandten „Dresdener Nachrichten“ sagen, wenn man ihnen den Vorschlag machte, und bei ihnen wäre die Auskehr des Mistes wohl am meisten geboten. Versteht doch fast die gesamte Bourgeoispreffe auf Prostitution und die sächsischen Bourgeoispreffe sieht in dieser Hinsicht in vorderster Reihe. —

Zur Fälschung der Emser Depesche. Nachdem Fürst Bismarck das etwas zu saftige Interview mit dem französischen Journalisten Le Roux dementirt hat, ist nun ein approbirtes — übrigens sehr langweiliges — Interview mit dem französischen Journalisten De Pour — Le Roux — Poppelgänger — erschienen, in welchem es heißt, Fürst Bismarck habe die Erlaubnis zur Veröffentlichung und Redaktion der Emser Depesche gehabt, und er habe an dem Original nur gestrichen und kein unwahres Wort eingefügt. — Ganz wie er Herrn Harden gesagt: eine Fälschung ohne Fälschung, durch bloße Streichungen und Zusammenziehungen, die aus der „Chamade“ eine „Fanfare“ machen. —

Fideikommiss. Ein Antrag des Abg. Jordan und einer Anzahl Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei ist beim Reichstage eingebracht, dahingehend die veränderten Regierungen anzuordnen, eine amtliche Statistik für die einzelnen Bundesstaaten, beziehungsweise deren Verwaltungsbezirk, ausarbeiten zu lassen, aus der erheilt:

- I. a) der seitige Umfang und Werth des durch Fideikommiss, Stammgut, Lehnqualität u. d. freien Verfügung der Besitzer oder Inhabner entzogenen, d. h. „gebundenen“, wie auch des in der sogenannten „todten Hand“, d. h. im Besitz des Fiskus, von Korporationen, Stiftungen u. d. befindlichen Grundbesitzes;
- b) die Zunahme desselben seit Wiedererrichtung des Deutschen Reiches;
- II. a) ob, beziehungsweise in welchem Maße, innerhalb desselben Zeitraumes der freie, besonders der bäuerliche Grundbesitz nach Zahl, Umfang und Werth der Betriebe abgenommen hat, und zwar
- a) durch Vereinigung mit den ad I bezeichneten Eigenschaften,
- b) auf welche andere Art? — und diese Statistik dem Reichstage vorzulegen.

Petitionen. Das zweite Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen (Nr. 2859—3234) ist jetzt erschienen. Eine Anzahl derselben bezieht sich auf die lex Feinze; ein Berliner Petent bittet um Einführung von Werdellen; eine Anzahl von Kirchenvorständen bittet, der Abänderung des § 180 zu Gunsten der Vermieter von Wohnungen an Prostituirte die Zustimmung nicht zu ertheilen; der Centralverein der deutschen Kolportage-Buchhändler zu Berlin, bittet die Bestimmungen der lex Feinze betreffend unzüchtige Schriften, Abbildungen u. s. w. abzuweichen. Gegen die Militärvorlage wenden sich mehrere Petitionen; die Petition des sächsischen Schuhmacher-Zunungsverbandes zu Döbeln ersucht, die zweijährige Dienstzeit auch auf die Militär-Ordnungshandwerker auszudehnen. —

Die niederländische zweite Kammer hat in ihrer Sitzung vom 10. d. M. den Gesetzentwurf bezüglich der internationalen Uebereinkunft über den Schutz des industriellen Eigenthums angenommen. Durch diesen Gesetzentwurf werden die Schädigungen, denen vornehmlich der deutsche Buchhandel und die deutschen Schriftsteller infolge des Nachdrucks unterliegen, zum großen Theil beseitigt. —

Die vom schweizerischen Bundesrath erlassenen Vollzugsvorschriften zu dem am 1. Januar 1893 in Kraft tretenden Bundesgesetz, betreffend die Patenttagen der Handlungreisenden, vom 24. Juni 1892, enthalten unter Ziffer 4 folgende auch für die deutschen Handlungreisenden wichtige Bestimmungen: Jeder Reisende, der Bestellungen aufnimmt, bedarf (unter der Gewerbelegitimationskarte) einer Ausweiskarte. Es ist gestattet eine Karte für mehrere Reisende ausstellen zu lassen, wenn sie nur von dem einen oder dem anderen derselben gebraucht werden soll. Nehmen dagegen mehrere Reisende eines Hauses gleichzeitig Bestellungen auf, so bedarf ein jeder derselben einer Ausweiskarte. Umgekehrt hat ein Reisender, der mehrere Handlungsgeschäfte vertritt, nur eine Ausweiskarte zu lösen.

Für Angehörige der Vertragsstaaten erfolgt die Ausstellung der Ausweiskarte laut Artikel 4 und 5 des erwähnten Gesetzes unentgeltlich in demjenigen Kanton, den der Handelsreisende zuerst besucht. —

Aus der Schweiz schreibt man uns: Wegen einer Majestätsbeleidigung, die er auf der Fahrt von St. Gallen nach Konstanz begangen haben soll, wurde jüngst in letzterer Stadt der Schweizerbürger Schwarz, Wirth zum „Rehstod“ in Kreuzlingen (schweizerische Nachbar-Gemeinde von Konstanz) anlässlich des Besuchs der Konstanzener Messe von der Polizei daselbst verhaftet. Nach kurzer Zeit — eine Stunde — wurde der Verhaftete wieder freigelassen. Und nun der Denunziant, dem wahrscheinlich jener Konstanzener Oberkellner als staatsretterisches Ideal vorgeschwebt hat, der vor einigen Jahren einige unserer Genossen wegen Verurtheilungen in Kreuzlingen denunziert und deren Verurtheilung zu längeren Zuchthausstrafen herbei-

geführt hatte, der Denunziant war der Reisende der Konstanzener Kohlenfirma Max Strohmeyer, Keller, der für seinen Prinzipal ständig in der Schweiz reist. Denunziert hat die Empörung der Schweizer über die allgemein verurtheilte Denunziation hat Strohmeyer veranlaßt, auf die ferneren Dienste seines denunziatorischen Reisenden zu verzichten. Der entlassene Denunziant mag nun sehen, wie er zu seinem Zubastlohn kommt. —

Die Arbeitermehelei von Tilleur — bei Lüttich in Belgien — gleicht aufs Haar den Arbeitermeheleien, die seit Jahrzehnten in den belgischen und französischen Kohlenbecken periodisch vorkommen. Die Millionäre, in deren Besitz die Kohlengruben sind, bilden einen festgeschlossenen Interessenterring gegenüber den Arbeitern, und sie haben in der Befestigung das große Wort und den entscheidenden Einfluß. Das Doppeljoch der ökonomischen und politischen Sklaverei, welches das Ideal des Staatssozialismus bildet, ist hier von den Herren Großkapitalisten bereits aufs Schönste verwirklicht. Herr Frère d'Orban, einer der Könige der belgischen Kammer, ist Hauptaktionär der Bergwerke von Tilleur. Mit einem Theil seiner Aktionäre hat er die Hand auf der „Kette der Befestigung“ und sorgt dafür, daß die Ausbeutung und Unterdrückung stets das Gesetz für sich hat, in Form Rechts sich vollzieht.

Der Bericht über die Interpellation vom vorigen Donnerstag befindet sich jetzt in unseren Händen. Wir erkennen daraus den vollständigen Sachverhalt.

Der Konflikt wurde hervorgerufen durch eine neue Arbeitsordnung, welche von den Grubenbesitzern einseitig, ohne Hinzuziehung der Arbeiter festgesetzt worden war und Ende November angeschlagen wurde. Sie sollte am 1. Dezember in Kraft treten. Die Arbeiter verlangten die Rücknahme oder Abänderung verschiedener, ihnen besonders drückend erscheinender Bestimmungen. Namentlich anstößig waren die Paragraphen, betreffend die Geldbußen und Lohnabzüge. Die Arbeiter machten den Vorschlag, die Grubenbesitzer sollten behufs einer gütlichen Verständigung mit dem Conseil des Prud'hommes — dem Arbeiter-Gewerbegericht — zu einer gemeinschaftlichen Berathung zusammentreten. Das wurde verweigert. Und nun erklärten die Arbeiter den Ausstand und fuhren am 1. Dezember nicht in die Gruben ein. Alles war bis dahin in größter Ruhe verlaufen. Die Arbeiter gingen am 1. Dezember — wie das nur natürlich ist — auf den Straßen und in der Nähe der Grubenöffnungen spazieren. Da erließ der Maire, der ein Beamter der Grubenbesitzer und selbst Aktionär ist, eine Proklamation, welche alle Menschenansammlungen und alle Volksversammlungen verbot. Das Verbot war der reinste Unsinn und die schmachlichste Willkür. Man konnte von den ausländischen Arbeitern doch nicht verlangen, daß sie an einem biblischen Tage in ihren Wohnstätten blieben. Und das Versammlungsrecht ist in Belgien unbeschränkt — jeder Versuch, die Ausübung zu hindern, ist verfassungswidrig. Die Arbeiter rissen die Plakate ab. Zwei Gendarmen, die es hindern wollten, wurden bei Seite geschoben, jedoch ohne verletzt zu werden. Das war früh am Nachmittag. Während des Nachmittags wurde eine größere Zahl von Gendarmen requirirt. Am Abend sammelten sich wieder Arbeitermassen auf der Straße. Die Gendarmen suchten die Leute auseinanderzutreiben. Da wurde mit Steinen nach ihnen geworfen. Hierauf gab der Brigadier den Befehl, die Flinten zu laden und ließ sofort, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen drei Aufforderungen, in die Menge hinein feuern. Etwa ein halbes Duzend Arbeiter wurden schwer verwundet, etwa ein Duzend leichter, und eine Frau und ein Kind wurden auf dem Fleck getödtet. Die unbewaffneten Arbeiter stoben unter wilden Verwünschungen auseinander, und am anderen Morgen waren die Grubenbesitzer bereit, die Arbeitsordnung in einigen Punkten den Wünschen der Arbeiter gemäß abzuändern! Hiermit zwanzig Stunden zu spät.

Diese Thaten brachten der Abgeordnete für Lüttich, Ganxens, in der Kammer vor, aber, wie schon gesagt, die Kammer in ihrer überwältigenden Majorität erklärte die Mehelei für durchaus ordnungsmäßig und gefehrmäßig, und ertheilte dem Ministerium ein Vertrauensvotum!

Die Empörung in den Arbeiterkreisen ist unbeschreiblich, und die Grubenarbeiter von Tilleur sind bis heute noch nicht in die Gruben zurückgekehrt, obgleich ein Telegramm dies gemeldet hat. —

In der französischen Deputirtenkammer haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Lafargue, Ferroul und Jourde folgenden Gesetzentwurf zur Regelung der Frauenarbeit vor und nach der Entbindung und zur Einrichtung von „caisses de maternité“ (Mutterchaftskassen) eingebracht:

- Artikel 1. Jede Bürgerin, welche der Lohnarbeiterklasse angehört, mag sie verheiratet sein oder nicht, ist der Sorge der Gesellschaft anvertraut vom Beginn des 4. Monats ihrer Schwangerschaft bis zum 12. Monat nach ihrer Entbindung. Im Falle das Kind aber gestorben wäre, nur bis zum 2. Monat.
- Artikel 2. Der Beitrag, welcher der Bürgerin während dieser Zeit zugewiesen wird, beträgt drei bis sechs Franken pro Tag, je nach den Preisen der Lebensmittel des Ortes wo sie wohnt.
- Artikel 3. Diese Beiträge werden angebracht durch eine „Mutterchaftskasse“ (caisse de maternité), welche in jedem Arrondissement errichtet und durch eine Steuer erhalten wird, welche die Industriellen und Handelsleute zu tragen haben, in der Höhe von 30 Franken für jedes zur Arbeit verwendete Kind und von 60 Franken für jedes zur Arbeit verwendete Frau. Der Staat, das Departement und die Gemeinde haben je zu einem Drittel den noch nothwendigen Zuschuß zu leisten.

Die australische Kolonie Victoria — so theilt man uns mit — neigt gegenwärtig einem erhöhten Schutzholl zu. Als ein Anzeichen hierfür berichtet das Leipziger „Export-Journal“, daß kürzlich eine Deputation von Papierwaarenfabrikanten und Importeuren dem Schatzmeister ihre Wünsche vortrug, dahingehend, daß auf eine Reihe Artikel des Papier- und Schreibwaarenverzeichnisses Erhöhungen des Einfuhrtarifs auf 45, 35 und 20 pCt. festgesetzt werden möchten. Für einzelne Waaren, als Kopirbücher ohne Kopflinien, Kalender in Buchform oder mit Bildern mit Blankaum zum Eindruck, Plakaten jeder Art mit Linde, Pergament, wurde hingegen Vollfreiheit erbeten. Der Schatzmeister versprach, diese Wünsche in Betracht zu ziehen. —

Parteinachrichten

Gegen die Militärvorlage sind weitere Protokollversammlungen abgehalten worden in Oberseemen in Hesse (Hess. Brand-Frankfurt a. M., Straußberg Hess. Gersieh-Verein).

Gemeindevahlen. Der Mainzer Kreisaußschuß hat den von Seiten der Ultramontanen gegen die Stadterordnetenwahl eingeleiteten Protest für unbegründet und die Wahl für gültig erklärt. Der Riebe Mühe war umsonst; die Gründe für die Gültigkeitserklärung sind dabei so schlagend, daß auch der binnen 10 Tagen beim Provinzial-Außschuß zulässige Rekurs, wenn er ergriffen werden sollte, nichts daran ändern wird.

Bei den Bürgeraußschuß-Wahlen in Cannstatt wurden für die deutsche Partei 221 unveränderte Zettel abgegeben, für die Sozialdemokratie 173, für die Volkspartei 89.

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitag erklärten sich ferner einverstanden die Parteigenossen in Kall, Calbe a. S., Leipzig, Jhehoe, Wellingdorf, Rendsburg, Westbacht.

Parteiinnagen. Kall. Einnahme seit 1. November v. J. 1130,26 M., Ausgabe 1108,88 M. (darunter 143,80 M. Projektkosten, 162,60 M. für Agitation, 98,78 M. für den Preßfonds, 300,40 M. für die Hamburger Nothleidenden).

Landagitation. Die Parteigenossen in Kall haben im vergangenen Jahre 1500 Broschüren unentgeltlich an Landbewohner abgegeben.

Ueber gegnerische Unbuddsamkeit in Amorbach (Bayr. Odenwald) wird von Anhängern unserer Partei Klage geführt. Wenn unsere dortigen Freunde für die Sozialdemokratie öffentlich auftraten, so würden sie in Kirchen und Wirtschaften in belauer Weise verunglimpft. Die Gründung eines sozialdemokratischen Vereins wäre deshalb wünschenswert. Durch solchen Zusammenschluß der jetzt in der Vereinzelung lebenden Genossen würde der Verfolgungswuth der Gegner ein Damm gesetzt werden. Die Lohnverhältnisse der in jener Gegend beschäftigten Fabrikarbeiter seien sehr ungünstige. Neben der Kost bekämen die Ledigen nur 3 M. Lohn die Woche.

In Tilsit sprach neulich der freisinnige Agitator Dr. Fränkel aus Weimar über die Militärvorlage. Dabei kam er auch auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Besonders plumpe Unwahrheiten waren ihm gerade recht, um unsere Partei zu verunglimpfen. Beispielsweise sagte Dr. Fränkel, Bebel besäße in Leipzig eine große Fabrik und wärfe seine Arbeiter, wenn sie 50 Jahre alt sind, ebenso aufs Pflaster wie jeder andere. Einer unserer Genossen, der dem Herrn erwiderte, wurde von den Freisinnigen mit Pfeifen, Schreien und ähnlichen Liebenswürdigkeiten regirt. Leider stehen den wenigen Genossen, die wir in Tilsit haben, keine Säle zur Verfügung, so daß die Freisinnigen mit der Verbreitung ihrer Lügen vorläufig noch leichtes Spiel haben.

Einführung von Diskontirabenden beschloß der Sozialdemokratische Verein zu Halle a. S.

Eine Reminiscenz, die Genosse Heper in dem von ihm trefflich redigirten „St. Louis Tageblatt“ mittheilt, wird auch für unsere Leser von Interesse sein. Er geht von dem Vergleich aus, den Singer auf dem Parteitag zwischen der Partei vor 25 Jahren und der Partei von heute gezogen und fährt fort: „Eine kleine Reminiscenz des Schreibers dieses mag hier am Platze sein. Vor 22 Jahren war er Diebsteck's Assistent am „Volksstaat“ in Leipzig, dem ersten Wochenorgan der (Eisenacher) Partei. Der Chefredakteur bezog 40 und der Assistent 25 Thaler monatlich. Die Partei war, obgleich numerisch nicht schwach, finanziell in so dürftiger Lage, daß das Blatt nur unter Verzicht auf ein eigenes Lokal vorläufig bestehen konnte. Die Expedition führte Bebel in seiner engen Hofwohnung in der Petersstraße, wo er seine Drechselwerkstatt hatte; später von einem jungen, in der Mitte der siebziger Jahre verstorbenen, braven Gehilfen unterstützt. Die Redaktion befand sich in Diebsteck's ebenfalls sehr beschränkter Wohnung. Nach einem halben Jahre kam das Baby Theodor an, das erste der zweiten Gattin Diebsteck's; Niemand vor oder nachher haben wir ein Baby mit so mächtigem und anhaltendem Schreierorgan gekannt. Entrüstung und hohe Bewunderung mischelten in unseren Gefühlen ab, wenn dieses Kerchen, seine Erziehung gegen das Arbeitsbedürfnis der Redaktion geltend machte. Nach mehrwöchigem, zwecklosen Parlamentiren mit dem Baby kam die unterlegene Redaktion zu dem heroischen Entschluß — ein Redaktionslokal zu mieten und einzurichten. Diebsteck und sein Assistent, beide sonst nicht gerade zu den praktischen Leuten zählend, fanden in der Nähe der Druckerei ein geeignetes Zimmer für monatlich vier Thaler; Tisch und Stühle kosteten beim Trödler eine nicht nennenswerthe Lappalie. Aber Bebel, der Finanzminister des Unternehmens, wußte nichts davon und Schreiber dieses hatte die unangenehme Aufgabe, ihm rückblicksvoll und schonend den vollzogenen Staatsstreich mitzutheilen. Der Moment dieser Auseinandersetzung wird ihm unvergesslich bleiben. Bebel trat verblüfft einen Schritt von seiner Drechsel zurück: „Mensch! Wo soll denn das Geld herkommen! Vier Thaler den Monat! Ihr Beide wißt aber auch gar nicht zu rechnen! Vier Thaler den Monat!“ „Aber das Baby schreit immer kräftiger! Es geht nicht anders!“ „Na, weinetrogen,“ beruhigte sich Bebel. Aber leicht ward es ihm nicht. Ein Jahr später wurde schon Geld zur Gründung einer eigenen großen Druckerei ausgebracht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Magdeburg wurde Genosse Lösske als früherer Redakteur der „Volksstimme“ wegen Soldateneileidigung von der Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Verurtheilung wurde in einer Lokalnachricht gefunden, derzufolge in der Nacht nach dem 1. Mai ein dortiger Soldat wegen Singens der Marschallise verhaftet worden sein sollte.

— In den Lokalitäten des „Volksblatts“ für Anhalt sowie in der Privatwohnung des Redakteurs wurde auf Anordnung des Dessauer Amtsgerichts nach dem Manuskript einer staatsrätter Korrespondenz gehaust. Die Hausdurchsuchung war natürlich erfolglos.

Soziale Ueberlicht.

In Cottbus errichteten die Schlächtergesellen einen Fachverein, trotzdem die Meister vorher beschlossen hatten, jeden Gehilfen zu entlassen, der dem Verein als Mitglied beitreten würde.

Kinderversenkung. Die „Königsche Zeitung“ veröffentlicht in ihrem Morgenblatt vom 20. November folgendes Inserat: „Ein Kind, welches im April 1893 geboren wird, kann an gut situirte Herrschaft verschenkt werden. Frau Thies, Gebärmutter, Hannover, Westf. 1A.“

Würde die Frauarbeit nicht so beispiellos schlecht bezahlt, so läme kaum eine Mutter auf den Gedanken, sich ihres Kindes zu entäußern. In der Regel ist wenigstens die Noth die Triebfeder solcher Handlungen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 12. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf von Caprivi, von Kattenborn, Safferling.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abg. Dr. Buhl und Dr. von Marquardsen, welche lautet: „Die in dem soeben beendeten Prozesse Ahlwardt verurtheilten militärischen Sachverständigen haben sich zwar schon entschieden für die genügende Qualität unserer neuen Infanteriebewaffnung ausgesprochen. Nichtsdestoweniger erscheint es wünschenswert, wenn von höchster autoritativer Stelle aus eine Bestätigung und Bekräftigung dieses Urtheils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deshalb an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit ist, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mittheilung zu machen?“

Reichskanzler Graf v. Caprivi erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.
Abg. v. Marquardsen (nall.) glaubt, daß zur Begründung der Interpellation angefaßt der Geschäftsfrage und des Entgegenkommens, welche die Interpellation auf allen Seiten gesunden hat, ein kurzes Wort genügen würde. Der Staatsanwalt hat in dem Prozesse, der soeben beendet ist, ausgesprochen, daß durch die Behauptungen des Angeklagten das Vertrauen der deutschen Soldaten auf ihre Waffen stark erschüttert, daß die Disziplin untergraben ist. Ein Mann, dem man Beziehung zur Regierung zuschreibt, theilte mit, daß höhere Offiziere geäußert hätten, es müßten sämtliche Gewehre an Löwe zurückgegeben und neue Gewehre für die Privatverhältnisse nicht mehr angefertigt werden. Gegenüber den Behauptungen früherer Zeit ist ein offizielles Demüthigt erfolgt, ohne daß es von Wirkung gewesen wäre. Die militärischen Sachverständigen haben den Behauptungen des Angeklagten widersprochen. Aber es muß das Vertrauen an die Bewaffnung der deutschen Armee noch mehr befestigt werden, daran haben sowohl die Mannschaften als ihre Familien ein großes Interesse. Unsere Interpellation will eine beruhigende Erklärung veranlassen. Eine solche Erklärung ist notwendig seitens des verantwortlichen Vertreters der Reichsregierung vor dem Reichstage. Ein solcher Ausdruck, der alles Zweifeln und Zweifel an der Richtigkeit, wird neben der Beruhigung im eigenen Lande auch im Ausland dahin führen, daß man die Stärke unserer Rüstung erkennt, so daß dadurch der Frieden gewahrt wird. (Beifall)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Das Gewehr der deutschen Armee ist im Modell und in der Ausführung ein durchaus gutes und entspricht allen Anforderungen, die die moderne Kriegskunst an eine Handfeuerwaffe zu stellen hat. Das gilt in dem ganzen Umfang auch von den Löwe'schen Gewehren. Der Gedanke, die Löwe'schen Gewehre zurückzugeben oder nicht mehr bei uns zu bestellen, ist der Staats- und Reichsverwaltung noch nicht gekommen. (Zustimmung links.) Wenn heutzutage über eine neue Waffe Besprechung entsteht, wenn irgend welche Rüststände sich herausstellen, so werden die Klagen in weitere Kreise getragen als früher. Das liegt aber weniger an der Waffe als an den veränderten Zeitverhältnissen. Ich habe den Uebergang von den Perkussionsgewehren zum Zündnadelgewehr mitemacht. Ich erinnere mich der Angriffe, welche damals gegen das Zündnadelgewehr gemacht wurden. Sie waren viel heftiger als die heutigen Angriffe. Aber es schloß damals die öffentliche Meinung, was gesagt wurde, blieb in Offizieren, in denen damals sogar Blätter erschienen, die das neue Gewehr verpöbelten. Ich darf an das Urtheil eines erfahrenen Kriegsmannes, des Generals Leopold von Gerlach erinnern, der in seinen Memoiren sagt: Das Zündnadelgewehr ist ein Unglück für die Armee, es wird gedankenlos eingeführt und gedankenlos angewendet. (Heiterkeit.) So dachten damals Hunderte und Tausende von Offizieren. Wenn ein solches Gewehr in die Hände von Landwehrruppen kommt, die zum ersten Male vergleichen in die Finger bekommen, so ist es selbstverständlich, daß die Gewehre eine Menge Beschädigungen erleiden. Es ist ausgesprochen, daß durch einen horrenden Vertrauensbruch die Schüsse des Artilleriedepots Wesel in die Öffentlichkeit gelangten sind. Das ist ein kleiner, ganz gemeiner Diebstahl (Heiterkeit), nichts mehr oder weniger, denn die Schüsse sind überhaupt nicht als geheime bezeichnet oder behandelt worden. Sie haben offen in der Mappe des Regiments zu Wesel ge-

legen, sind herausgenommen und in den Prozess gebracht worden. Wenn zu einer Uebung Gewehre herausgegeben werden, so ist es eine Erfahrung nicht von heute und von gestern, daß nachher viel zu bemängeln ist. Ich habe selbst bei der Mobilmachung 1850 die Gewehre für das Regiment Franz in Empfang genommen und zurückgegeben; es ist ebenso viel ausgeführt worden wie jetzt. Jedes Artillerie-Depot hat das Interesse, das Gewehr in vollkommenstem Zustande zurückzubekommen, vollkommenere, als es dieselben ausgegeben hat. Die empfangende Truppe hat Eile; da wird nicht viel nachgesehen. Wenn das Depot die Waffe zurücknimmt, da läßt es sich Zeit und betrachtet sie mit der Lupe, und jeder kleine Fehler wird bemängelt und muß abgestellt werden. Man kann aber daraus nicht schließen, daß das Gewehr schlecht ist. Wenn eine gewisse Anzahl von Gewehren schlecht geworden ist nach einer Uebung von Mannschaften mit wenig geübten Fingern, so folgt daraus noch nicht, daß die Waffe selbst schlecht ist. Ich habe das Verzeichniß der Reparaturen, die als notwendig erkannt worden sind, vor mir. Es sind nur drei Zahlen, die ungewöhnlich sind. Reparatur an den Kammern, dem Schloßchen und den Abzugfedern. Wenn allzuviel mit dem Gewehr umgegangen wird und dadurch Beschädigungen entstehen, so ist daran nicht die Fabrikation schuld. Daraus kann kein Schluß auf die Dienstbrauchbarkeit des Gewehrs gezogen werden. Im Kriege würde der weitaus größte Theil ruhig weitergebraucht worden sein. Bei den Infanterie-Geleitzgewehren Modell 71 — ich sehe voraus, daß die Herren wissen, was das ist (Heiterkeit) — sind 81 Reparaturen notwendig gewesen. Wenn das bei einem Dinge passiert, welches niemals geübt wird, dann kann man sich nicht wundern, daß bei dem Gewehr auch etwas passiert. Es ist letzten vor Gericht der Versuch gemacht worden, die Militärverwaltung in einer unverantwortlichen und gewissenlosen Weise zu verleumdern. (Zustimmung links.) Ich kann das als Angehöriger des deutschen Heeres und als Vertreter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches nur auf das Schärfste brandmarken. (Beifall)

Sächsischer Kriegsminister v. Planitz: Wir legen Werth darauf, dem, was der Reichskanzler ausgeführt hat, etwas hinzuzufügen und zwar, weil schriftlich und mündlich verbreitet worden ist, daß beim königlich sächsischen Armeekorps besonders viele Schäden vorgekommen sind. Der Fabrik Löwe sieben wir vollkommen objektiv gegenüber. Sie hat an uns nicht geliefert, wir haben von ihr keine Gewehre abgenommen. Den größten Theil unserer Gewehre haben wir beim preussischen Kriegsministerium bestellt, welches sie bei Staatsabrufen und Löwe ausführen ließ. Wir haben auch einen Theil Löwe'scher Gewehre erhalten. Als die erste Broschüre des Herrn Ahlwardt erschien, sprang die die Kriegsverwaltung. Es wurden 200 Löwe'sche Gewehre herausgegriffen und mit 200 anderen Gewehren verglichen. Jedes Gewehr wurde mit 50 Patronen beschossen, und zwar 25 gewöhnliches und 25 Schnellfeuer. Das Ergebnis war, daß das Löwe'sche Gewehr vollständig gleich werth demjenigen aus dem Staatsabrufen zu erachten war. Bei Uebung des Beurlaubtenstandes wurden die Löwe'schen Gewehre ausgegeben. Fünf Reservebataillone von sechs waren damit bewaffnet. Ich bin bei den Uebungen zugegen gewesen; ich habe nie Klagen darüber gehört, daß die Gewehre schlecht seien. Pflüchlich berichtet die „Neue Deutsche Zeitung“ (Zuruf links: Ah!) in Leipzig, daß bei einem Bataillone 150 Gewehre schlecht geworden sein sollen. Die Untersuchung ergab, daß zwar nicht 150, aber 15 schlecht geworden sind, und zwar sind solche Reparaturen notwendig geworden, wie sie der Reichskanzler bezeichnet hat. 3988 Gewehre wurden nach den Uebungen untersucht, davon waren 3250 Löwe'sche, an 187 sind meist unerhebliche Reparaturen ausgeführt worden. Wer weiß, wie suttill das Gewehr ist, wird sagen, daß dieses Verhältnis ein sehr mäßiges ist. Weiter wurde behauptet, daß ein Wächterscher Reparaturen an Löwe'schen Gewehren gemacht hat. Keiner der 3 Wächterscher des sächsischen Schützenregiments hat Reparaturen gemacht. Bei einem anderen Bataillone sollten 192 Schäden vorgekommen sein. Das ist ebenfalls vollständig unrichtig. Bei einem Bataillone sollten dreißig Sicherungsläger ausgefressen sein. Das ist unvorhergesehen. Es soll der Befehl zur Einstellung des Feuers gegeben worden sein, wegen mangelnder Beschaffenheit der Gewehre; das ist vollständig erfunden. Zur Charakteristik diene folgendes: Bei einem Bataillone soll der Offizier gesagt haben: Legt die Wägen nicht auf die Erde, das können die Löwe'schen Gewehre nicht vertragen. Der betreffende Offizier hat gesagt: Nehmen Sie sich in Acht, lassen Sie keinen Schmutz in die Gewehre kommen, sie

springen sonst und es heißt dann: Ose Judensinken (Heiterkeit). Nach meiner festen Ueberzeugung ist das Gewehr, welches die deutsche Armee hat, vollständig kriegsbrauchbar, die Löwe'schen Gewehre stehen nicht zurück. Die deutsche Nation kann sich in dieser Beziehung vollständig aller Sorge entschlagen. (Beifall)

Damit ist die Interpellation erledigt.
Es folgt die Verlesung der Interpellation des Abg. Graf Mirbach, die Silberwährung betreffend. Die Interpellation lautet: Billigen — die verbündeten Regierungen, daß die deutschen Delegirten — nach den durch die Presse verbreiteten Mittheilungen — bei der Münzkonferenz in Brüssel sich den auf die Bekämpfung der Silberwährung gerichteten nahezu einmüthigen Bestrebungen aller auf der Konferenz vertretenen Staaten gegenüber ablehnend verhalten?

Der Reichskanzler Graf v. Caprivi erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.
Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Graf v. Mirbach: Derselbe schildert die Haltung der deutschen Delegirten auf der Münzkonferenz in Brüssel und spricht sein Bedauern aus, daß dieselben sich gegenüber den bimetalistischen Bestrebungen der anderen Staaten insbesondere Englands ablehnend verhalten haben. Auf der Münzkonferenz von 1881 hätten sich die deutschen Delegirten für die Rehabilitation des Silbers ausgesprochen. Der frühere Reichsbank-Direktor v. Dechend habe zugesagt, daß in allen Ländern Geldnoth herrsche. In Deutschland seien zwar die Verhältnisse weniger gefährlich, aber keineswegs normal. Aber ohne England könne ein Wandel nicht geschaffen werden. Jedenfalls sei man früher auf Seiten der deutschen Regierung den Bestrebungen seiner — des Redners — Freunde günstiger gestimmt gewesen. Um so bedauerlicher sei es, daß jetzt die Delegirten auf dem Brüsseler Kongress eine diametral verschiedene Stellung einnahme. Die kolossale Preiserniedrigung der landwirtschaftlichen Produkte hänge mit der Silberentwertung direkt zusammen. Früher habe man zur Ausgleichung der Preisdifferenz die Schutzzölle gehabt. Dieses einzige Mittel habe man bei dem Handelsvertrage mit Oesterreich zu einem guten Theile aus der Hand gegeben. Die Landwirthschaft sei an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen (Beifall rechts) und er erwarte auf das Bestimmteste, daß die Regierung ihr hilfreiche Hand leiste auf dem Gebiete des Münzwesens. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Daß der Verlauf diplomatischer Verhandlungen zum Gegenstand von Diskussionen im Reichstage gemacht wird, ist ein auffallendes Vergehen, noch auffällender und ungewöhnlicher ist es, wenn ich etwas darauf antworte. Der wesentliche Grund dafür ist, daß ich klar sehe, wie man draußen im Lande bestrebt ist, den Bimetallismus mit dem Antimetallismus vor denselben Tagen zu spannen. (Hört! hört! links. Große Unruhe rechts.) Die Behauptungen, die Graf Mirbach in seiner Interpellation aufstellt, sind vollständig irrig. Vollständig irrig ist die Behauptung, daß die zusammengetretenen Regierungen einmüthig bestrebt seien, etwas zu tun zu bringen; ebenso irrig ist die Behauptung, daß die verbündeten Regierungen sich ablehnend verhalten. Die verbündeten Regierungen stehen noch heute auf demselben Standpunkte wie seit 16 Jahren. Wir sind der Meinung, daß die deutsche Position in der Münzpolitik eine sehr gute ist. (Sehe wahr! links), daß es nicht rathlich ist, die Initiative im Interesse anderer zu ergreifen. (Sehr richtig! links.) Wir beklagen die Entwertung des Silbers; wir beklagen den Preiswandel des Silbers und wir würden geneigt sein, wenn es sich nicht um das Prinzip der Währung handelte, im einzelnen zu Konzessionen zu schreiten, wenn wir uns überzeugt hätten, daß die Konzessionen den Uebelständen abhelfen, die hier ausgeführt sind. Der Standpunkt der Regierung ist derselbe geblieben. Die Aeußerung des Bankpräsidenten von Dechend in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war die Aeußerung eines hervorragenden Beamten, aber eine private Aeußerung. Eine Aeußerung des Herrn von Schraut ist vom Fürsten Bismarck zurückgewiesen worden. Eigenthümlich hat Fürst Bismarck zu diesen Aeußerungen bemerkt, daß sie weit über die vorgezeichnete Verhaltenslinie hinausgehen; sie enthielten nichts, was nicht gewahrt werden könnte, aber die Kundgebung der Bereitwilligkeit zu solchen Konzessionen sei verrieth in der Form fast einem Versprechen gleich und deshalb geeignet, Mißverständnisse zu erwecken und zu einem Arrangement hinzudringen, dem wir Opfer nicht bringen können. Ich bin bereit, die Instruktion für die deutschen Delegirten auf-

Freie Volksbühne.

Am Sonntag Nachmittag wurde als dritte Vorstellung „Die arme Löwin“, Schauspiel in 5 Akten von Emil Augier, für die erste Abtheilung gegeben. Wir wollen vorweg konstatieren, daß die mit einem außerordentlich warmen, von Alt zu Alt sich steigendem Beifall aufgenommenen Vorstellung zu den besten gehört, welche die „Freie Volksbühne“ seit ihrem Bestehen gesehen hat, und einen Erfolg bietet, der den stärksten der besten Vorfr. ihre getroste an die Seite gestellt werden darf.
Es bedurfte keiner besonderen Begründung, daß die „Freie Volksbühne“ auch an den „Sittenspielen“ eines Augier, vielleicht sogar an denen eines Dumas oder Sardou, nicht achtlos vorbeigehen kann. Wir wählten nicht, was eher auf eine Volkstheater gehörte, als gerade diese „Sittenspiele“, die die Unhaltbarkeit der modernen Gesellschaftsordnung, ob mit, ob ohne Absicht, an deren vorzüglichem Produkt, „moderne Moral“ genannt, erweisen. Die Lebens- und Leidengeschichte der unter-schiedlichen sogenannten „Volkstheater“, die in dem letzten Jahrzehnt in Berlin entstanden und nach kurzem Dasein verkracht sind, hat gezeigt, daß weder durch das klassische Drama, noch durch die Berliner Entsalz, weder durch Molière's „Le Bourgeois gentilhomme“, noch durch die Kunst wider Willen und gewaltsam ent-rindete Volk für diese wiederzuerinnenden und die durch die be-schriebene Klasse aus dem Theater hinausgedrängte besitzlose Klasse wiederhineinbringen ist. Das frische Bedenken, welches bei anderen Theatern gegen die Aufführung französischer „Sitten-spiele“ von den Jugendwächtern der bürgerlichen Klasse geltend gemacht zu werden pflegt, nämlich: daß sie „unästhetisch“ sind, fällt bei der „Freien Volksbühne“ von vornherein weg; denn die „Freie Volksbühne“ dient nicht dem Amüsement und müßigen Zeitvertreib.
Augier's „Die arme Löwin“ spielt in den Kreisen des so-genannten Mittelstandes, dem man so gern eine solide, ehren-würdige Sittlichkeit und tugendhafte Moral nachspricht. Das war aber in dem Paris und Frankreich des zweiten Kaiserreiches — das Stück ist 1859 erschienen, — ebenso wenig mehr der Fall, wie heutzutage im neu geeinten Deutschen Reich. Daher ist denn auch das Stück nach dem landläufigen Begriff ein sehr „unästhetisches“. „Löwin“ und „Löwinen“ nannte man in Paris Stüper männ-lichen oder weiblichen Geschlechtes, die überall dabei sein müssen, wo es zum guten Ton gehört, sich sehen zu lassen. „Arme Löwinen“ sind diejenigen verheirateten „Löwinen“, die wegen Mittellosigkeit ihres Mannes ihren Luxus durch einen Liebhaber bestreiten lassen.

Seraphine, die junge, genußsüchtige und schöne Frau des alternden, spießbürgerlich-profanen Notariats-Bureau-vorstehers Pommeau ist eine solche „arme Löwin“. Sie betragt ihren Mann mit dem jungen Advokaten Leon Lecarnier, der mit Pommeau's Wundt Zherese verheiratet ist. Sie verbraucht nicht nur das gesammte Einkommen, das der gegen sich selbst geizige Pommeau durch rastlose Arbeit und von seinem mühsigen Verdiensten hat, sondern nimmt auch, um ihren unflüchtigen Luxus bestreiten zu können, von Leon hohe Geldsummen an, die dieser seiner sorgsam sparenden Frau entzieht. Pommeau ist gütlich und vertrauensselig genug, um nicht zu ahnen, woher die prächtigen Toiletten und all der Luxus seiner Frau stammt. Er glaubt ihr, daß alles in „Gelegenheitskäufen“ billig erstanden ist. Aber Zherese erfährt durch Zufall, daß Leon sie hintergeht, und gelangt bald auch zu der Ueberzeugung, daß Seraphine die heimliche Geliebte ist. Sie ist, so schwer sie unter dem schmachvollen Betrag leidet, doch darauf bedacht, ihren Vormund Pommeau die Antrene seiner Frau nicht erfahren zu lassen. Aber Pommeau wird durch ein be-läustertes Botschaftlich flüchtig gemacht. Ein Zufall bringt ihm völlige Gewißheit. Ein Wechsel über 10000 Fr., den Leon weder aus eigener Tasche noch mit Hilfe seines in solchen Fällen wiederholt um Unterstützung angegangenen Freundes Reich Bordonnon für Seraphine zahlen kann, wird schließlich durch die Modehandlerin Charlotte dem Pommeau präsentiert. Pommeau wird dabei zugleich darüber aufgeklärt, daß Seraphine noch weitere Mächtigere oder einen Liebhaber haben müsse. Da sie ihm gegenüber das erstere bestreitet, so sagt er ihr das letztere auf den Kopf zu. Sie gesteht es ein, glaubt die Sache aber damit erledigt zu haben, daß sie das Verhältnis mit dem (zahlungsunfähigen) Liebhaber bereits gelöst hat. Pommeau hält sich für entehrt, weil ein anderer den Luxus seiner Frau bezahlt hat. Er will den Namen wissen, um dem Liebhaber das Geld zurückzugeben zu können. Aber Seraphine fürchtet die Armut, in die Pommeau und sie selbst dadurch gerathen würden, und verweigert den Namen. Da ver-läßt Pommeau das Haus und begibt sich zu Zherese, also in Leon's Wohnung. Er langt völlig gebrochen an. An Zherese und Bordonnon findet er theilnehmende Tröster. Als er sich auch an Leon wendet, zieht ihn Zherese zurück und bewirkt dadurch, daß Pommeau endlich die Augen aufgehen. Er wirft dem Schänder seiner Ehre Geld vor die Füße und verläßt das Haus, gefolgt von Bordonnon, der sich des Verzweifelnden annehmen will. Seraphine dagegen setzt sich über den Verlust des Gatten schneller hinweg. Sie ist noch an demselben Abend „aus Verzweiflung“ ins Schauspielhaus gefahren, wo zufälligerweise ein Stück auf-

geführt wird, das ihre eigene Geschichte erzählt. Dort sieht sie und stimmt mit den anderen Sittenscheuchern in den Schrei ein: es sei ein Skandal, solche unmoralischen Dinge aufzuführen.
Die „armen Löwinen“ sollen nicht bloß in Paris und nicht bloß vor drei oder vier Jahrzehnten zu finden gewesen sein. Auch für Berlin wurde aus Anlaß eines vor nicht allzu langer Zeit verhandelten Skandalprojektes die ganz bestimmte Behauptung aufgestellt, daß die „armen Löwinen“ hier zahlreich vertreten seien. Warum auch nicht? Warum sollte die Berliner Gesellschaft anders sein als die aller anderen Weltstädte, da sie doch von denselben Anschauungen befestigt ist, wie die Bourgeoisie aller anderen Länder? Die besitzende Klasse und diejenigen, welche es ihr trotz geringeren Reichtums nachhaken möchten, dulden unter sich auch die Ehebrecherin, und der in den Salons der Geldaristokratie zugelassene Dirne wird die Hand nicht weniger egerbittig geführt als der unantastbarsten Komtesse. Es muß sich nur alles in den Grenzen des guten Tones, d. h. des in den Kreisen der Besitzenden üblichen Tones halten.
Welche Wirkung würde das Stück machen, wenn man es sich in das Proletariat hinführen dürfte? Eine Arbeiterfrau, die sich einen Handlungs-Kommiss hingiebt, um auf seine Kosten schöne Kleider tragen zu können, — wai, wie gemein! Wir möchten die Enttarnung nicht sehen, wenn ein Dixer eine solche „arme Löwin“ auf die Bühne brächte. Werden doch diejenigen Stücke moderner deutscher Dichter, welche ähnliche Verhältnisse schildern, als „Spiegelbilder der in den unteren Ständen herrschenden grauenhaften Sittenverderbnis“ gepriesen. Aber es gereicht der besitzlosen Klasse eher zur Ehre als zur Schande, daß sich die besitzende Klasse nur über die Sittenverderbnis der Besitzlosen erwehrt, die in ihren eigenen Reihen herrschende Sittenverderbnis dagegen mit Gleichmuth hinnimmt als etwas, das nun einmal nicht zu ändern ist.
Der Beifall, mit dem die Vorstellung aufgenommen wurde, galt nicht nur dem Stoff und seiner dramatischen Ausgestaltung, sondern auch der schauspielerischen Wiedergabe. Allen voran fand Emanuel Reicher als Pommeau, in den ersten 3 Akten während durch seine kindliche Arglosigkeit und Güte, in den letzten beiden erschütternd in seinem Schmerz und Jern, ver-diente Anerkennung. Von den übrigen Mitwirkenden — wir müßten sie alle nennen, wenn wir gerecht sein sollten — sei noch Louise von Büllrich erwähnt, die in der Modehandlerin Madame Charlotte eine fesselnde, dem Leben abgelauschte Leistung bot.

der Münzkonferenz vorzulesen, weil ich darauf Wert lege, daß vollkommene Klarheit geschaffen wird. Der Reichskanzler verliest die Instruktion, nach welcher Deutschland Änderungen vorzunehmen nicht beabsichtigt, daß es sich seine freie Selbstbestimmung nicht beeinträchtigen lassen will, daß auch für Deutschland das Sinken des Silberpreises unerwünscht sei. Im übrigen sollten die Delegierten eine informativ-haltige Haltung bewahren und Anträge ad referendum nehmen. In Mittheilungen über den Barvorrath der Reichsbank sind sie nicht ermächtigt (Zustimmung links), der bisherige Verlauf der Brüsseler Konferenz hat diese Instruktion gerechtfertigt. Sollte ich hierauf weiter eingehen, so würde ich auch das Verhalten anderer Regierungen zum Gegenstand meiner Ausführungen machen müssen und würde dadurch den Erfolg der Bemühungen der vereinigten Regierungen vielleicht in Frage stellen. Es wird also keines der Mitglieder der verbündeten Regierungen heute hier weiter auf die Sache eingehen. Ich lege Wert darauf, öffentlich noch folgendes auszusprechen. Es ist in Brüssel ein Dr. Arendt erschienen und hat sich beim preussischen Gesandten durch Empfehlungsschreiben des Grafen Mirbach eingeführt. Der Herr geriet sich als Vertreter der deutschen Bimetallisten. Ich lege Wert darauf für das Inland und das Ausland zu konstatieren, daß dieser Herr nicht in den mindesten Beziehungen zum Deutschen Reich steht. (Große Heiterkeit links; große Unruhe rechts.)

Abg. v. Schaffha: beantragt die Besprechung der Interpellation; der Antrag wird von den Konservativen und einem Theile des Zentrums unterstützt.

Abg. v. Pfeifen (Z.): ist während der zuerst herrschenden großen Unruhe nur schwer verständlich. Im weiteren Verlaufe seiner Rede zeigt er sich als Bimetallist; er fordert die Regierung auf, mitzuwirken, um eine weitere Entwerthung des Silbers aufzuhalten. Die Schwankung des Silberpreises mache sich bis in das tägliche Leben hinein geltend. Heute wird die Mehrheit für die Einführung der Goldwährung nicht mehr zu finden sein; sie liegt nur im Interesse der Börse.

Abg. v. Kardorff: Ich spreche hier nicht für den Reichstag allein, sondern zum Lande. Wir wollen agitatorisch sprechen (Zustimmung rechts). Der Reichskanzler hat viel von einem Herrn Dr. Arendt gesprochen, Herr Dr. Arendt ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und einer der gelehrtesten Kenner der Währungsfrage. Er ist auf unsere Bitte nach Brüssel gegangen, und niemand wird wohl daran gedacht haben, daß er von der Regierung nach Brüssel geschickt ist. In London haben 250 landwirthschaftliche Vereine die Wiederherstellung des Silberpreises verlangt. Herr Barth hat das natürlich gefunden, weil die Erhöhung des Silberpreises Erhöhung der Preise für die Landwirthe mit sich bringe. (Zuruf: Für die verschuldeten Landwirthe!) Es ist ein wissenschaftliches Gesetz, daß die Vermehrung der Umlaufmittel, die Inflation, die Preise steigert; daß die Beschränkung derselben, die Kontraktion, die Preise vermindert. Gibt es eine größere Kontraktion als die Goldwährung? Die Blüthe Griechenlands fiel zusammen mit der reichen Ausbeute der Silberbergwerke Laurion's, die römische Blüthe mit der Ausbeute der Silberbergwerke in Spanien u. s. w. Was kann uns das schönste Münzsystem nähern, wenn wir dabei wirtschaftlich zu Grunde gehen? Ich bin noch heute ein großer Verehrer des Fürsten Bismarck, aber ich habe ihm nie ein Fehl daraus gemacht, daß er sein Fehler war, daß er sich absehend in der Währungsfrage verhalten hat. Ich halte es für die erste Aufgabe eines jeden Staatsmannes, dafür zu sorgen, daß die Landwirthschaft wieder zum Aufschwung kommt. Die Goldwährung fördert die Unzufriedenheit, darum haben nur die Sozialdemokraten an ihrer Ausbreitung Interesse. Als man sich einmal an Engels wandte und ihn fragte, ob die Währungsfrage ein soziales Interesse habe, antwortete er: Purer Schwunabel! Laßt Euch darauf nicht ein! (Widerspruch Bebel's.) Es giebt kein besseres Mittel, der antisemitischen Bewegung entgegenzutreten und ihr das Gift zu nehmen, als eine Wiederbelebung der Landwirthschaft. (Zustimmung rechts.) Ich habe den Vertretern der vereinigten Staaten immer gerathen, sie sollten die Bland-Bill aufheben, dann würde der Krach kommen und dann würde die Silberfrage gelöst werden. Sobald Deutschland die Silberfrage in die Hand nimmt, ist sie gelöst, alle anderen Staaten werden sich anschließen. (Widerspruch Bamberger's.) Wenn die Brüsseler Konferenz ergebnislos verläuft, dann wird Amerika die Bland-Bill aufheben, und dann tritt der Silberkrach ein. Entweder werden die anderen Staaten dann ihre Zölle aufheben, oder es wird ein Sinken des Getreidepreises eintreten, der die Landwirthschaft unlohend macht. Die Landwirthe würden gern drei- und vierfache Löhne zahlen, wenn sie es nur könnten. Die Industrie leidet unter der Währungsfrage nicht so, wie die Landwirthschaft. Wenn mein Freund Stamm mit seinem Eisen konkurriren möchte mit Silberländern, dann würde er die Bedeutung der Währungsfrage schon empfinden. Das landwirthschaftliche Gewerbe ist das wichtigste und muß deshalb aufrecht erhalten werden. Die Landwirthe können jetzt nicht für die Militärvorlage stimmen; wenn aber die Doppelwährung eingeführt sein wird, können sie für noch viel höhere Summen stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger (Dr.): Ich habe den Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht unterstützt, weil ich die erste Verhärthung der Militärvorlage nicht unterbrechen wollte durch diese gänzlich werthlose Debatte (sehr richtig! links). Wenn die deutsche Reichsregierung Vertreter von den Anschauungen des Herrn v. Kardorff nach Brüssel geschickt hätte und wir hätten eine Interpellation eingebracht, um die Regierung zu blamieren, unter einem Haufen von Vorwürfen und Anklagen hätte man uns begraben! (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Arendt ist von den Bimetallisten nach Brüssel geschickt worden, und damit er dort mit gebührender Ehren empfangen wird, deshalb wird heute die Kanonade veranstaltet. (Heiterkeit links.) Ich erkenne die Ueberlegenheit des Herrn Dr. Arendt über seine bimetallistischen Kollegen mit Herrn v. Kardorff vollständig an. (Heiterkeit.) Der englische Schatzsekretär Goschen hat einmal gesagt: Kaiser über Religion und über Liebe seien niemals die Menschen so oft verurteilt worden, wie über die Währungsfrage. (Große Heiterkeit.) Ich soll einmal gesagt haben, daß ein festes Verhältniß von Silber und Gold, wie 1:15½ aufrecht erhalten werden würde. Ich habe so etwas niemals behauptet. Bin ich es doch gewesen, der die Emission der Silberverkäufe getadelt hat, weil ich voraussah, daß der Silberpreis sehr bedeutend sinken würde. Die Interpellation geht von ganz falschen Voraussetzungen aus. Man hätte sich hüten sollen, auf Grund einzelner Zeitungsberichte eine Interpellation einzubringen. Es war schon kein ablehnendes Verhalten der deutschen Regierung, daß sie überhaupt Vertreter zur Brüsseler Konferenz schickte. Was hat man denn vorgeschlagen, dessen Ablehnung bedenklich wäre? Die amerikanischen Vertreter hatten nichts zu beantragen und sie verlangten, daß man dem Antrag zustimmen sollte, daß es wünschenswerth sei, Mittel und Wege zu finden, um die Entwerthung des Silbers aufzuhalten. Ebenjotat hätte man einen Kongreß berufen können, um zu erklären, daß es wünschenswerth wäre, wieder einmal einen guten Sommer zu haben, oder daß es wünschenswerth wäre, daß die Cholera nicht wieder käme. (Heiterkeit.) Es ist uns immer vor jeder Münzkonferenz gesagt worden: Jetzt muß die Währungsfrage gelöst werden, sonst geht die Welt unter. Die Welt sieht noch, der Bimetallismus ist aber immer mehr zurückgegangen, und ich glaube, wenn der jetzige Reichskanzler abgehen würde und Graf Mirbach oder Herr von Kardorff träten an seine Stelle: sie würden nicht im Stande sein, den Bimetallismus einzuführen. (Sehr richtig! links.) Amerika hat den Bimetallismus auf der Brüsseler Konferenz zur Verhandlung stellen wollen; aber es mußte diese Frage vollständig fallen lassen, weil England jedes Eingehen darauf ablehnte. Der Bimetallismus ist also von der Brüsseler Konferenz a limbo

vollständig ausgeschlossen. Der englische Vertreter, der Bankier Alfred von Rothschild, brachte einen Antrag ein, die europäischen Staaten sollten 100 Millionen jährlich für Silberankauf ausgeben, dann sollte Amerika sein Sherman-Gesetz aufheben; also eine kleine Liebesgabe für die amerikanischen Silberminenbesitzer. Ich bin kein Freund der Liebesgaben für die Branntweinbrenner, aber lieber zahle ich diese Liebesgabe, als eine Liebesgabe an die amerikanischen Minenbesitzer. Das war der weitestgehende Antrag für das Silber. Er wurde abgelehnt. Es blieb ein Antrag Moriz Levi übrig, der schon früher gestellt war, nämlich Alles unter 20 M. in Silber auszugeben; aber das ist auch abgelehnt worden, namentlich auch von der amerikanischen Regierung. Die englischen Delegirten haben überall eine ablehnende Haltung eingenommen, namentlich Allem gegenüber, was irgendwie nach Bimetallismus riechen könnte. England hat an dem Silber noch ein Interesse wegen seiner indischen Besitzungen. Aber welches Interesse hätten wir daran? Wir suchen uns gegen einen Krieg zu schützen, der jeden Augenblick ausbrechen kann, und was schlagen Sie vor? Ein Münzbündniß, das beim ersten Kanonenschuß in Stücke geht. Die Mitglieder des lateinischen Münzverbandes möchten gern davon loskommen. Der Silberpreis ist so tief herabgesunken, daß man den Herrenweiser kennen lernen sollte, der hier helfen will. Viele Münzkonferenzen sind schon ausgegangen wie das Hornberger Schützen, die Brüsseler Münzkonferenz hat gleich so angefangen. (Große Heiterkeit links und Beifall.)

Abg. Pauscher (Rp.) führt aus, daß es sich hierbei nicht bloß um eine agrarische Frage handelt, sondern um eine Frage, die für die Industrie von großer Bedeutung sei. Deutschland und England zahlen ihre Löhne in Gold, die anderen Länder in Silber. Dadurch wird eine Preisverschiedenheit hervorgerufen, welche den Export erheblich beeinträchtigt und den Import erleichtert. Die Silberproduktion betrug in den fünfziger Jahren 97, die Goldproduktion 3 pCt.; das Preisverhältniß Silber und Gold war 1:15½. Die Goldproduktion hat sich dann vermehrt; das Silber mußte also eigentlich im Preise steigen; das ist aber nicht geschehen, weil die Gesetzgebung die Verwendung des Silbers als Münzmaterial verbot. In Amerika wird in Silberminen Raubbau getrieben, deswegen sind die Produktionssteigerungen nur vorübergehende. Wir haben nur den Wunsch, daß die Regierung der Abschaffung der einseitigen Goldwährung näher tritt.

Abg. Graf Mirbach: Herr Bamberger beklagt den Aufenthalt, den die Beratung der Militärvorlage erlitten habe; ich möchte fragen, wer mehr aufhält, er und seine Freunde oder die Schärfe der Verurtheilung und zum Schluß nur in wirtschaftlicher Beziehung bemerkt, daß wir vielleicht in einzelnen Landes- theilen an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen seien. Es ist mir daher unerfindlich, wie der Reichskanzler mir zugemutet hat, ich spannte den Bimetallismus und Antisemitismus vor denselben Wagen. Wenn der Reichskanzler in der konservativen Partei so orientirt wäre, wie er nicht orientirt ist, dann müßte er wissen, daß wir Ostpreußen entschieden perhorrescirt haben, in das Programm irgendwie etwas, was an die Juden erinnert, aufzunehmen (Heiterkeit links). Ich habe dagegen protestirt, wir sind aber überhört worden. Ich kann mir von dem, was beschloffen ist, einen erheblichen Nutzen nicht versprechen. Wenn ich Herrn Dr. Arendt dem Grafen Alvensleben empfahl, so liegt darin schon klar, daß der Mann nicht ein Vertreter der Regierung ist. Graf Alvensleben ist Korpbruder von mir (große Heiterkeit); die Herren sind wohl nicht Korpstudenten gewesen (Zuruf links: Nein! Heiterkeit), ich glaube darauf zurückgreifen zu können. Ich weiß ja wohl, daß die persönlichen Beziehungen der Gesandten von hier aus geregelt werden. Ich bin kein Staatsmann, aber ich bemühe mich, eine staatsmännische Ruhe zu bewahren, was ich allen, die im öffentlichen Leben zu thun haben, empfehlen kann. Ich erkläre, daß es mir unverständlich ist, wenn mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich den Antisemitismus und den Bimetallismus vor denselben Wagen spanne. (Zustimmung rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich werde mich ebenfalls der größten staatsmännischen Ruhe befleißigen. Ich will nur konstatieren, daß ich den Wunsch, daß der Versuch gemacht werde, den Antisemitismus und Bimetallismus vor denselben Wagen zu spannen, nicht auf den Grafen Mirbach angewendet habe. Ich habe von seiner Person erst am Ende meiner Rede in Verbindung mit Herrn Arendt gesprochen. Ich bin vorsichtig genug gewesen, zu sagen: Draußen im Lande wird der Versuch gemacht. Daß ich diese Aeußerung gethan, dafür hatte ich einen guten Grund. Ich habe Wert darauf gelegt, die Stellung der Reichsregierung zum Antisemitismus und Bimetallismus festzulegen. Ereignisse der letzten Woche, die zu dem Beträubnen gehören, was ich erlebt habe, (Hört! Hört! links) scheinen es mir zur Pflicht der Regierung zu machen, nicht hinter dem Berge zu halten. (Zustimmung.) Ich kann begreifen, daß man Antisemit und Bimetallist und beides zusammen sein kann; aber wenn der Antisemitismus und Bimetallismus eine Wendung annähme, eine Behandlung erlände, die demagogisch wird, dann ist es für die Reichsregierung unmöglich, sich nicht zu widersetzen, und es ist mir unmöglich, zu verstehen, wie patriotische Männer das mitmachen können. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Ich brauche das Wort demagogisch ausdrücklich; ich habe nicht die Kenntniß der Parteiverhandlungen, welche dem Grafen Mirbach betreibt. Ich fühle mich auf die Nachrichten der Zeitungen, nach denen ein Redner dieses Wort gebraucht hat, und nach meiner Kenntniß hat er keinen Widerspruch erfahren. Ich kann es begreifen, daß antisemitische Männer der Meinung sind, daß in gewissen Dingen Wandel geschaffen werden muß. Ich würde begreiflich finden, wenn solche Herrn den Antrag einbringen, das Gesetz von 1869 über die Gleichberechtigung der Juden aufzuheben. Wenn aber ohne einen solchen Antrag die Sache agitatorisch draußen betrieben wird, so werde ich mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, dagegen auftreten. Wenn ich die Besorgniß hatte, daß der Bimetallismus vor denselben Wagen gespannt wird, so hatte ich Ursache dazu; ich muß sagen, der Bimetallismus ist ein Pferd, welches sich dazu eignet, gerade weil es so wenig Menschen giebt, die davon etwas verstehen. Darum ist der Bimetallismus ein gefährliches Agitationsmittel. Seit Jahren wird dem Lande gesagt: der Bimetallismus würde der Landwirthschaft helfen. Ich für meine Person bin noch zweifelhaft, ob diese Behauptung richtig ist, und ich sehe, daß die Männer, die sich damit beschäftigen, dies auch noch bezweifeln. Ich habe die Besorgniß, daß eine Agitation entstehen könnte, die auf das unverhandene, aber verheißend aufgefaßte Wort gegründet sein könnte. Kurz vor der heutigen Sitzung war mir bekannt geworden, daß einelns Herren im Hause ihre Abstimmung über die Militärvorlage vom Bimetallismus abhängig zu machen gedenken. (Hört! links.) Ich habe das durch die Rede des Herrn von Kardorff bestätigt gefunden. Ich muß nun sagen, daß, wenn jemand die Absicht haben sollte, mich in meinem Verhalten in der Militärvorlage einzuschüchtern, er die Rechnung ohne den Wirth gemacht hat. Ich verrete die Militärvorlage, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß die Existenz Deutschlands davon abhängig sein kann. Wie das Votum über den Bimetallismus ausfällt, das kann meine Haltung zur Militärvorlage nicht beeinträchtigen. Ich mache auch nicht den Anspruch, diejenigen Herrn, denen der Bimetallismus über die deutsche Wehrkraft geht, zu beeinflussen. (Beifall links; Widerspruch rechts.)

Abg. v. Schaffha: Die Landwirthschaft geht zurück trotz der Handelsverträge, deshalb muß ihr geholfen werden durch die Besserung der Währungsverhältnisse. Es hat mich verlegt, übertrast und betrübt, daß der Reichskanzler den Bimetallismus und Antisemitismus in einen Topf geworfen hat. Ich weiß garmich, wie er dazu kommt. Der Antisemitismus

ist ja viel älter; er entstand mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1869 und hat sich seitdem ausgedehnt. (Zustimmung der Antisemiten.) Wie kann man denn die Antisemiten zu Bimetallisten stampeln; sind etwa die Rothschild und Co. die auf den Münzkonferenzen erschienen sind, jüdische Antisemiten? (Große Heiterkeit rechts.) Was hat der Reichskanzler erzielt: Beibehalten des Verfalls und Heiterkeit auf der äußersten Linken. Das sollte doch der Reichskanzler sehr bedenklich machen. Wenn die Sozialdemokraten ihm zustimmen, so ist es doch nur ein Zeichen dafür, daß die Unzufriedenheit geschäft wird.

Abg. Bülffing (natl.): Ich danke dem Reichskanzler für die energische Abgabe an den Bimetallismus (Große Unruhe rechts). Wer in ländlichen Wahlkreisen herankommt, weiß, wie dort die dieser Agitation Unruh geübt wird. Die agitatorische Abbeulung der so schwierigen Währungsfrage ist einfach Mißbrauch. Die Nationalliberalen sind nahezu einstimmig der Meinung, daß unsere jetzige Währung eine gute ist und daß nichts Schlimmeres wäre als Experimente, die das Land in unberechenbare Schwierigkeiten stürzen würden. Auch wir bedauern die Werthverminderung des Silbers, die uns verhindert, zur reinen Goldwährung zu gelangen durch Abschaffung der Thaler. Die darin liegende Gefahr ist sehr klein; im Falle eines Krieges könnten wir dadurch sehr geschädigt werden, wenn etwa die Bank die Noten in Silber umläßt und die Wechsel in Silber bezoght. Dann wäre es mit dem Kredit Deutschlands vorbei. In Erwägung zu ziehen wäre doch wohl in einer Zeit, wie die heutige, ob man nicht zur reinen Goldwährung übergehen könne in der Weise, daß die Banknoten in Scheidemünze verwandelt würden. Die Entwerthung des Silbers ist lediglich die Folge der enorm gesteigerten Silberproduktion, welche dem Metall seine Eigenschaften der Seltenheit und Kostbarkeit raubt. Für die Preisbildung auf dem Weltmarkte lassen sich keine gesetzlichen Bestimmungen treffen. Das Ende einer staatlichen Eingebung zur Erhöhung des Silberpreises würde ebenfalls ein vollständiges Fiasko sein. Ohne England können wir die Doppelwährung nicht einführen. (Widerspruch des Abg. v. Kardorff.) Nur durch die Goldwährung ist es Deutschland möglich geworden, seine jetzige Stellung auf dem Weltmarkte zu gewinnen. Der deutsche Wechsel wird angenommen, weil er, wie der englische in Gold bezahlt wird. (Zuruf: Frankreich!) Der Wechsel auf Frankreich wird auch in Gold bezahlt, es denkt niemand daran, in Frankreich den Wechsel mit Silber zu bezahlen. Sobald die Goldwährung abgeschafft wird, ist Deutschland vom Weltmarkte verdrängt. Das die Nothlage der Landwirthschaft mit der Goldwährung zusammenhängt, ist unrichtig. Diejenigen Länder, die Deutschland mit ihren landwirthschaftlichen Erzeugnissen Konkurrenz machen, haben die verschiedensten Währungen, ohne daß in der Schwere der Konkurrenz ein Unterschied nach den Währungen zu machen ist. Australien hat Goldwährung, Amerika die Doppelwährung, Rußland die Papierwährung und das Getreide aus diesen Ländern macht dem deutschen Getreide gleichmäßig Konkurrenz. Oesterreich-Ungarn behält im Begriff die Goldwährung bei sich einzuführen. Es wird wohl wissen, was seinem Interesse nützlich ist, und ich kann mir nicht denken, daß es sich dazu entschließen würde, wenn wirklich die Goldwährung solche Gefahr mit sich brächte. Daß die amerikanischen Silberinteressen die Silberpreise aufbessern möchten, verheißt ich ich begreife aber nicht, welches Interesse wir daran hätten, unseren guten Währungsverhältnissen etwas zu ändern.

Abg. Graf v. Ballestrem: Ich fühle nur das Bedürfniß zu erklären, daß der Abg. von Schaffha nicht im Namen der Zentrumsparthei gesprochen hat, sondern nur in seinem eigenen Namen und wenn er von seinen Freunden gesprochen hat, so hat er damit nicht seine politischen Freunde vom Zentrum gemeint, sondern seine bimetallistischen Freunde im Hause. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Bebel (So.): Der Abg. von Kardorff hat gemeint, daß keiner von uns etwas von Geld und Geldwirthschaft versteht. Nur Kaiser hätte etwas davon verstanden, und der ganz Bimetallist. Kaiser nahm in der Währungsfrage eine ganz eigenthümliche und besondere Stellung innerhalb der Fraction ein. Kaiser war hauptsächlich deshalb Bimetallist, weil er einen Wahlkreis vertrat, in welchem Silber produziert wurde (Heiterkeit) und in dem die Arbeiter in einer außerordentlich schlechten Lage sich befanden. Er hielt es in der That für eine Nothwendigkeit, durch eine mögliche Rehabilitirung des Silbers die Lage der Arbeiter zu verbessern. Er hat aber nie behauptet, daß er im Namen seiner Freunde gesprochen. Kaiser war auch in gewissem Grade ein Schutznoller. Nicht nur zwischen Antisemitismus und Bimetallismus, auch zwischen Bimetallismus und Schutznollerei besteht eine gewisse Verwandtschaft. Kaiser war zwar nicht Schutznoller à tout prix, er war ein sehr entschiedener Gegner der agrarischen Lebensmittelpolitik, aber immerhin ein Schutznoller. Schließlich beehrte er sich zum freiburgerischen Standpunkte, nachdem ihm bemerkbar gemacht hatte, daß, wenn er für die Industriellen Schutznolle eintrete, er auch für die agrarischen Schutznolle eintreten müßte. Wir haben in der Währungsfrage nur einmal das Wort ergriffen 1864 oder 1865, wo Auer im Namen der sozialdemokratischen Fraction sich auf das entscheidende für die Goldwährung aussprach. (Zuruf rechts: natürlich!) Diesen Standpunkt nehmen wir auch heute ein. Allerdings haben wir uns einmal in der Währungsfrage dem Engels gewandt, es war dies nämlich mein persönliches Liebesrecht, der 1878 Mitglied des sächsischen Landtags geworden war. Zu jener Zeit stand vom Abg. Dr. Hegne, den wir bei jeder weisse den kleinen Kardorff nannten (Heiterkeit), weil er bei jeder möglichen Gelegenheit die Währungsfrage in die Debatte brachte, eine Rede über die Währungsfrage in Aussicht. Ich wollte nicht bloß seinen eigenen persönlichen Standpunkt in dieser Frage klarstellen, sondern sich auf eine anerkannte wissenschaftliche Autorität, wie es Friedrich Engels ist, stützen. Deshalb wandte er sich an Engels. Er hat es aber nicht im Namen der sozialdemokratischen Fraction gethan, sondern auf eigene Faust. Wir stehen, wie gesagt, auf dem Boden der Goldwährung, nicht zwar in dem Sinne, wie es Karl Marx in seinem "Kapital" dargelegt hat. Marx, der auf diesem Boden steht, bietet doch auch etwas Gutes, hat nur ausgeprochen, daß jeder Verlust, zwei verschiedene Edelmetalle gleichzeitig in ein bestimmtes dauerndes Verhältniß zu bringen, an der inneren Verschiedenheit dieser beiden Metalle scheitern muß. Was das Gold und Silber seinen Werth? Die Produktionskosten des Gold hat auf dem Weltmarkte zwei verschiedene Funktionen, einmal als Waare wie jede andere, und zugleich als Liquidationsform für alle übrigen Waaren. Der Werth aller übrigen Waaren drückt sich in einem bestimmten Verhältniß von Gold und Silber aus. So lange nun die Produktionskosten dieser Metalle dauernd in dem gleichen Verhältniß stehen, können die beiden Währungen neben einander laufen. So lange weder die Goldproduktion noch die Silberproduktion eine wesentliche Verschiebung erfährt, war das Verhältniß des Silbers zum Gold wie 1:15½ allgemein gültig. In dem Augenblick aber, wenn durch die Entdeckung der kalifornischen Goldfelder Goldvorrath zunahm, trat mit Nothwendigkeit ein als allgemeines Austauschmittel an. In den Millionen lagend ein Vortheil erwachsen ist, so ist es aber, daß Deutschland in die Lage setzten, mit verhältnismäßig sehr geringen Kosten die Goldwährung einführen zu können. Das alte Verhältniß von 1:15½ nicht auf die Dauer eingehalten werden kann, sagen sich die Herren wohl selbst. Herr v. Kardorff sagte uns, Ihr seid nicht die Vertreter der Arbeiter, seid ja Bourgeois. Es fängt doch allmähig an, unangenehm zu werden, wie unsere Gegner unsere Interessen und persönlichen Verhältnisse behändig als Bourgeois material für ihre Anschauungen in die Debatte zu werfen. Wir könnten auch einmal den Spieß umkehren, dann dürfte der Vortheil auf unserer Seite sein. Wir Arbeiterklasse, haben in dieser Frage ausnahmsweise das Interesse wie die Bourgeoisie, und wenn wir daher in

Währungsfrage geschwiegen haben, so geschah es, weil unser Standpunkt von dem Hg. v. Bamberger... Wir haben das größte Interesse daran, das möglichst stabile Verhältnisse in Bezug auf den Preis der Waaren und der Arbeitslöhne vorhanden sind...

Abg. v. Frege (D.): Durch die Goldwährung hat erst das Hochgeldsystem an Kraft gewonnen. Die Einführung der Goldwährung in allen Staaten, in Italien und Oesterreich, hat keine Bedeutung; dort steht die Goldwährung auf dem Papier, beide werden niemals in der Lage sein, soviel Geld zu beschaffen, um alle Zahlungen in Gold machen zu können...

Hg. v. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit): Wir haben nicht den Antisemitismus herangezogen; das hat heute der Reichskanzler getan und ihm sind verschiedene Misere gefolgt. Ich danke dem Reichskanzler für seine Erklärung. Man muß immer wissen, woran man ist...

Hg. Graf Mirbach erklärt, daß er sich durch die Auslassung des Reichskanzlers verletzt gefühlt habe. Der Reichskanzler könne zu jeder Zeit das Wort nehmen; er möge daher auf die Stellung der Abgeordneten etwas mehr Rücksicht nehmen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich beziehe mich auf den stenographischen Bericht. Damit schließt die Debatte. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr (Fortsetzung der ersten Beratung der Militärvorlage).

Kokales.

Ein eigenartiges Weihnachtsgeschenk hat die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft etwas vorzeitig ihren Abonnenten bereitet. Die Volks-Zeitung berichtet hierüber: Die heute zur Ausgabe gelangten neuen Bedingungen für die Ertheilung von Zeitkarten pro 1898 enthalten, neben mancherlei Verschärfungen, wesentliche Erhöhung des Abonnementpreises für Familienmitglieder...

dingungen ist der Preis für Nebenarten für die 15-Pf.-Strecke auf 3,50 M. und für die 10 Pfennigstrecke auf 2,50 M. erhöht worden und zwar mit der Maßgabe, daß Nebenarten unter 6 M. monatlich nicht ausgestellt werden. Eine Stammlarte mit einer Nebenart kostet mitteln künftig im Mindestpreise 14,50 M. (statt 12,75 M.), mit 2 Nebenarten 20,50 M. (statt 17 M.) und bei 3 Nebenarten 26,50 M. (statt 21,25 M.)...

Interessante Mittheilungen über die Bewegung der Berliner Bevölkerung wurden kürzlich in dem Ausschusse der Stadtverordneten-Versammlung gemacht, welcher über die Frage der Errichtung städtischer Entbindungsanstalten zu beraten hatte. Es wurde darin angegeben, daß die relative Geburtsziffer in Berlin zurückgehe. Dieselbe ist von 43-47 pro Mille in früheren Jahren auf 34,6 im Jahre 1888 gefallen...

Ueber die Behandlung der Arbeitslosen, welche man im vergangenen Winter in Leipzig beobachtet hat, hat der Stadtrath Henschel daselbst vor kurzem einen Vortrag gehalten, der auf das in derselben Frage in Berlin beliebte Verfahren ein eigenes Licht zu werfen geeignet ist. Nachdem am 10. März zahlreich besuchte Arbeitslosen-Versammlungen stattgefunden hatten, die das Vorhandensein eines Nothstandes unüberwindlich bewiesen und ein ferneres Fortwähren nicht mehr gestatteten, entschloß sich der Rath endlich, nicht Arbeitslosigkeit zu schaffen, aber ganze 6000 M. zu bewilligen...

16 M. pro Woche Anfangsgehalt wurde einem Monteur für elektrotechnische Anlagen von der Firma Georg Eduard Heyl, Zentralbureau der Fabriken für Patent-Edmullatoren in Augsburg, Charlottenburg, Neuss a. D. (Berlin W., Leipzigerstraße 101/2) geboten. Der Monteur, dem über seine Thätigkeit als selbständiger Monteur von der Berliner Elektrischen Beleuchtungs-Aktiengesellschaft ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt worden ist, verzichtete auf das Benehmen, für 16 M. sich in den Dienst des genannten Bureau's zu stellen. Er schrieb dem Herrn Heyl, daß er als Anfangslohn wenigstens 40 Pf. pro Stunde beanspruchen müsse. Der übliche Lohn ist 40-55 Pf. Eine Antwort darauf erhielt er nicht.

Mit seinen Festangelegenheiten fährt der „Reichs-Anzeiger“ fort, indem er in seiner Sonntags-Ausgabe eine weitere Liste unzuverlässiger niederländischer „Firmen“ veröffentlicht, welche in der schon oft geschilderten Weise die Geschäftswelt zu beschadigen suchen. Sie lautet: Braun, Prederik, in Rotterdam, Bakker, Arie Cornelis, in Rotterdam, Versch, Johann Joseph, in Rotterdam, Braun, Karl, in Rotterdam, Dol, van, in Rotterdam, Dressel, J. P. u. Co., in Rotterdam, Gaten, Joseph Paul, in Rotterdam, Gröbe u. Co., in Rotterdam, Geeroliet in Rotterdam, Graaf, J. G. de, in Rotterdam, Hoge, Aloysius Heinrich Hermann, in Rotterdam, Deuzer, Christian, in Rotterdam, Geelings u. Co., in Rotterdam, Kijzer alias Kijzer in Rotterdam, Piesina, Cyberius Hendrikus, in Rotterdam, Mothot, Hendrika Johanna, Chefeu de Willem Frederik van den Aker, in Rotterdam, Moore, Jan Abdriaan, in Rotterdam, Ommers, Bart van, in Rotterdam, Parmentier u. Co., in Rotterdam, Peeters, Prudentius, in Rotterdam, Ruvelamp,

M. S., in Rotterdam. Kottach, Ludwig, in Rotterdam. Moorda, E., in Rotterdam. Schotting, Louis, in Rotterdam. Sighting, W., in Rotterdam. Spinbler u. Co. in Rotterdam. Wolf, Wilhelm, in Rotterdam.

An ein schnell entschlosseneres Jahr-Unternehmen erinnert die folgende Notiz: In dem Konkurs über das Vermögen der Deutschen Kontroll-Wagen-Aktiengesellschaft in Liquidation ist die Masse vollständig realisiert und soll durch den Verwalter Rosenbach die Schlussvertheilung von 5888 M. 78 Pf. Massebestand erfolgen. Zu berücksichtigten sind Forderungen mit Vorrath von 809 M. 85 Pf. und 32 065 M. 20 Pf. Forderungen ohne Vorrath. Nach Abhaltung des Schlusstermins sollen die Gläubiger über Prozenzfuß und Zahlungsstermin noch eine besondere Mittheilung erhalten.

Die neue Ausgabe des Fernsprech-Verzeichnisses ist soeben erschienen. Das Aussehen desselben ist nur geeignet, die Forderungen der Fernsprech-Theilnehmer auf Herstellung des bisherigen Registers durch die kaiserliche Ober-Postdirektion als geächtet erscheinen zu lassen. Der jetzige „private“ Verleger des Fernsprech-Verzeichnisses, Herr Julius Springer, hat mit der Herausgabe des amtlichen Buches nicht sonderlich glücklich debütiert. So ist von demselben bei Einhaltung des alten Textes die Einleitung von 12 auf 11 Seiten reduziert worden. Das alphabetische Verzeichnis der Teilnehmer, Abth. I, ist, trotzdem sich die Zahl der Anschlüsse bedeutend vergrößert hat, auf 856 Seiten zusammengebrängt worden gegen 757 Seiten des alten Registers! Jetzt befinden sich auf einer Seite durchschnittlich 65 Namensverzeichnisse gegen 28 in dem früheren Fernsprech-Verzeichnis. Unter diesem Zusammenträngen des Textes leidet der Leser erheblich; wer nicht vorzügliche Augen hat, dem wird es schwer fallen, sich in der Schrift, die zum Theil aus „Monoparallelen“ besteht, zu rechtzufinden. Ich welcher Weise jedoch das von der Postbehörde dem Herrn Springer gewährte Monopol-Verzeichnis von Theilnehmern nach Berufs- und Geschäftsklassen genannt, von den Fernsprech-Anschlüssen aufgeführt worden ist, zeigt der Umstand, daß in dieser Abtheilung von 51 verschiedenen Berufen nicht ein einziger Beruf verzeichnet ist. Von den Berliner Zeitungen hat sich nur die „Kölnische Zeitung“ in dieser Gruppe eingetragen lassen, von der Kolonialwaaren-Händler Berlin haben nur acht die Stelle für diese Abtheilung — drei Mark — bezahlt; ebenso haben sich zu dieser Klasse nur zwölf Zigarrenhändler verstanden! Abzusehen Seiten Insuperate beschließen das neue Telefonbuch.

Unter der Maske eines Theaterzimmersmanns treibt gegenwärtig ein Schwindler sein Unwesen. Derselbe nennt sich Wilhelm Kupfer, treibt sich in Schankgeschäften umher und lockt Arbeitslose an sich heran durch die Vorgabe, einen Zimmerer oder Tischler zum sofortigen Antritt für das Theater Ufer den Sünden zu suchen. Hauptzweck ist, möglichst viel Nutzen aus seinen Opfern herauszuschlagen. Daß in der heutigen Zeit der Noth und Arbeitslosigkeit viele auf den Köder hereinfallen, ist erklärlich und erbellt, daß dem Umfange, den der Theaterpöbel schon über 40 Restanten hat abweisen müssen, da die ganze Offerte nur Schwindel ist. Mögen die Genossen daher wohl Acht haben.

Ueber den Doppelselbstmord eines Brautpaares in einem Hotel der Mittelstraße wird uns berichtet: Der betreffende Mann v. J. war früher Offizier bei einem Infanterieregiment und nahm den Abschied als Major in der Körnerstraße an. Das junge Paar hatte sich kennen und lieben gelernt und hatte in aller Eile die Hochzeit im Hause der Mutter der Braut feierlich gefeiert. Später wurden die Beziehungen zwischen dem Brautpaar kühl. Es sollte ein langames Erlösen außerhalb, von ge führt werden. Man schickte das Mädchen nach Berlin, wo es jedoch in der letzten Absicht zurückkehrte, sich in Verbindung zu lassen. Schließlich nahmen die Dinge eine Wendung, daß das Brautpaar beschloß, zusammen zu sterben. Sie fanden in dem obengenannten Hotel Aufnahme und nahmen unmittelbar nach ihrer Ankunft Gift. Der Tod trat bei Beiden sofort ein.

Ein empfehlenswerther Wächter der Nacht. Mit Hilfe der Schlafwache mußte in der Freitag Nacht in Potsdam ein Nachtwächter direkt vom Dienst fortgerufen werden. Nachts gegen 2 Uhr traf nämlich der Nachtwächtermeister Kriebel den Wächter des 3. Stadtbezirks Roack am Stabschloß betrunken an. Als er ihn dieserhalb zur Rede stellte, wurde der Wächter grob und als nunmehr der Nachtwächtermeister den erregten Mann aufforderte, sofort den Dienst zu verlassen, ließ derselbe in seine Nothpfeife und erklärte den Nachtwächtermeister für seinen Anfeindeten, zwei herbeieilende Kollegen auffordernd, den Vorgesetzten mit zu arrestieren. Diese aber wollten nunmehr der Aufforderung des Nachtwächtermeisters nachkommen und Roack arrestieren, was diesen in dessen zu einem derartigen Widerstand veranlaßte, daß der Nachtwächtermeister Hilfe von der Schloßwache erbitten mußte, welche den Erregten nach dem Polizeigewahrsam brachte.

Die Buchdrucker Berlins feierten am Sonnabend das 20jährige Bestehen ihrer Organisation, des Vereins Berliner Buchdrucker, durch einen Herrenkonkurs, zu dem sich gegen 2500 bis 3000 Personen eingefunden haben mögen. Der große Konfektionshalla war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Programm bot neben gut ausgewählten Instrumentalstücken, die vortrefflich ausgeführt wurden, und neben einigen auf die Bedeutung des Tages bezüglichen Vorträgen eine Reihe Fieber, für deren Vortrag die beiden Vereine Typographia und Gesangverein Berliner Buchdrucker mit Erfolg ihr bestes Können einsetzten. In der Festrede gedachte der Vorsitzende Fader der Ergebnisse des Vereins und schloß mit der Ermahnung an die Mitglieder, stets wie heute das Prinzip der Solidarität gegenüber den Buchdruckern wie der Gesamtarbeiterschaft hochzubalten. Am Schluß des Programms war dem Humor sein gebührendes Recht eingeräumt. Es kam eine Nordgeschichte zur Darstellung, in welcher bekannte Gegner der Gehilenschaft unsterblich gemacht sind. Bei jedem Theilnehmer wird das Best den Eindruck hinterlassen haben, daß die organisierten Berliner Buchdrucker stramm in den Reihen des kämpfenden Proletariats vorwärts marschiren.

Marktpreise in Berlin am 10. Dezember, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,70-15,80 M., mittlerer von 15,20-14,90 M., geringer von 14,50-14,60 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80-13,90 M., mittlerer von 13,20-12,90 M., geringerer von 12,50-12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,50-15,50 M., mittlere von 15,40-14,50 M., geringe von 14,40-13,90 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00-15,80 M., mittlerer von 15,20-14,60 M., geringer von 14,50-13,90 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,50-4,00 M. Heu per 100 Kg. von 7,80-5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00-25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00-20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00-4,00 M. Rindfleisch von der Krone per 1 Kg. von 1,90-1,10 M. Schafschaf per 1 Kg. von 1,40-0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60-1,00 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60-1,10 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50-0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,20-3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40-1,20 M. Aale von 2,80-1,20 M. Zander von 2,40-1,00 M. Hechte von 1,80-1,00 M. Barsche von 1,60-0,70 M. Schleie von 2,50-1,00 M. Weiße von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 8,00-2,00 M.

Polizeibericht. Am 10. d. M. früh wurde ein Feuerwehmann beim Abräumen der Brandstätte in dem Hause Postenstraße 10 durch eine herabgeworfene Kohle erheblich am Kopfe verletzt. — Vormittags wurde auf dem unebenen Grund...

Schwedterstraße 9 ein unbekannter Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot aufgefunden. Es liegt ungewissheit Selbstmord vor. — Nachmittags machte eine Frau in ihrer Wohnung in der Wasserthorstraße einen Selbstmordversuch, indem sie eine größere Menge demarcurter Spiritus trank. Die sofort angewendeten Gegenmittel brachten sie außer Lebensgefahr. — Am 10. und 11. d. M. wurden drei Personen erhängt aufgefunden, und zwar Abends ein Maurerpolier in seiner Wohnung in der Wallstraße, Nachmittags ein Schuhmacher in seiner Wohnung in der Zeughofstraße und Abends eine Frau in ihrer Wohnung in der Lüderstraße. — An der Ecke der Rheinberger- und Wollenerstraße fand Abends eine Schlägerei statt, bei der ein Maurer am Kopfe bedeutend verletzt wurde. — Als ein Kanonier vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment aus einem nach dem Lehrter Bahnhof fahrenden Stadtbahnzuge bei der Station an der Luisenstraße ausstieg, wurde er von einem entgegenkommenden Zuge erfasst und zur Seite geschleudert und am Kopfe so bedeutend verletzt, daß er nach dem Garnison-Lazareth gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 12. d. M. gerieth der Schuhmacher Jungleit vor dem Hause Gieselerstr. 86 mit dem Schraubendreher Kressin in eine Schlägerei, bei der er diesem einen großen Theil der Ohrmuschel abschneidte. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und der Thäter verhaftet. — Am 10. und 11. d. Mts. und am darauf folgenden Morgen fanden 18 kleine Brände statt.

Theater.

In Thomas-Theater brachten die Münchener am Sonntagabend das bekannte oberbayerische Volksstück: „Der Herrgottschneider von Ammergau“ zur Aufführung. Ganghofer und Neuert haben wirkliche Bannern auf die Bühne gebracht, herb in ihrem Humor und heißen Blutes, aber natürlich in Sprache und Handlung. Die Einfachheit und Abgeschlossenheit der Lage giebt dem Volke ein lares Auge, ein poetisches Gemüth und ein warmes Herz, schließt aber sentimentale Schwäche und thranenreiches Sentiment aus. Die Aufführung hielt sich von der Spitze der Raffinesse glücklich fern; Frau Schöndens Heister in der „Lohner Trudel“ geradezu ein Robinsoniädchen und Fr. Laika stand ihr als Voni würdig zur Seite; Herr Kantenberg that Anfangs der Rangeweile und am Ende des Pathos zu viel, während Herr Smoboda den alten Fiedler durchweg auf der Höhe hielt. Das Publikum lobte die vorzügliche Darstellung mit reichem Beifall.

Gerichts-Beitrag.

Der bekannte Druckschriften-Händler Hecht, welcher Berlin bei allen möglichen Gelegenheiten mit seinen beschrifteten „Extrablättern“ überschwemmt, hatte vor einiger Zeit vor dem hiesigen Schöffengericht einen seltenen Glückstag. Herr Hecht stand eines Tages in der Friedrichstraße und bot mit kräftiger Stimme die bekannten antisemitischen Broschüren „Judenbordelle“ und „Judenlauf in Christenpelz“ aus. Sein Leiden dabei war so schamlos, daß ein vorbeispassender Stabsoffizier, der davon Anstoß nahm, einen beim Café National positiven Schuhmann aufforderte, doch dem Unfug ein Ende zu machen. Kurz nachdem der Offizier fortgegangen war, erschien bei dem Schuhmann ein Buchhalter namens Vandener, der bei dem Schuhmann gegen die Invektiven des Hecht, der ihn nicht nur durch die direkte Vordrängung der Schandblätter, sondern auch noch kräftig beleidigt habe, als sich derselbe dies verbat. Der Schuhmann, der, als er forderte Hecht auf, ihm zur Wache zu folgen, Hecht leistete passiven Widerstand, er blieb in der Friedrichstraße stehen, versuchte Ansprachen an das Publikum, neugierige Publikum zu halten und warf auch noch Schandmaterial mehrmals dem Schuhmann vor die Füße. Der Heuge Vandener, welchem die Sache unangenehm war, gab unterwegs dem Schuhmann anheim, den Hecht, der ihn noch fortwährend beleidigte, laufen zu lassen, da er eine Beleidigungsklage gegen denselben nicht anstrengen wolle. Das Schöffengericht erkannte bei diesem Thatbestand zu allgemeiner Ueberrückung auf Freisprechung des Angeklagten, indem es folgende Erwägungen anstellte: Daß der Angeklagte seine Broschüre überlaut ausgerufen habe, sei nicht erwiesen, es liege deshalb auch großer Unfug nicht vor. Der Schuhmann, dem der Beleidigte überdies noch anheim gegeben habe, den Angeklagten laufen zu lassen, habe sich deshalb nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden. Wie zu erwarten war, hielt dieses etwas ungewöhnliche Urtheil vor der Berufungs-Strafkammer nicht Stand. Die fünfte Strafkammer, welche sich gestern mit der Sache zu beschäftigen hatte, verurtheilte vielmehr den Angeklagten Hecht wegen groben Unfugs zu der zu lässigen höchsten Strafe von 6 Wochen Haft und wegen des Widerstandes zu 6 Wochen Gefängnis.

Die Gemeindevorstellung von Reinickendorf beschäftigte in der abgelaufenen Woche in drei verschiedenen Terminen die erste Strafkammer am Landgericht II. Der Gemeindevorsetzer Eigenhümer Ernst Schilling und der frühere Gemeindevorsetzer Vätermeister Emil Liebing waren wegen öffentlicher Beleidigung des Amts- und Gemeindevorsetzers Wilke angeklagt. In der ersten Verhandlung waren zwar 12 Zeugen zur Stelle, es wurden aber 10 neue Zeugen vorgeschlagen und zum Zweck der Ladung die Sache bis Donnerstag vertagt. Die zweite Verhandlung erlitt das Schicksal der ersten; in der dritten Verhandlung am Sonntag wurden 40 Zeugen vernommen, weshalb das Urtheil erst am späten Abend gefällt werden konnte. Die beiden Angeklagten hatten in öffentlichen Versammlungen behauptet, daß der Amtsvorsetzer die Beschlüsse der Gemeindevorstellung nicht respektive und parteiisch handelte. So habe es die Gemeindevorstellung am vorigen Weihnacht abgelehnt, Gratifikationen für die Amts- und Gemeindevorsetzer zu bewilligen, der Amtsvorsetzer habe dennoch Gratifikationen ausgehändigt; er habe gegen den ausdrücklichen Beschluß der Gemeindevorstellung die Bureaus mit Inoleum belegen lassen, er habe seinen eigenen Schwager willkürlich in der Steuer herabgesetzt und der Gemeinde durch unbegründete Verweigerung eines Bankensches 2000 M. Prozeßkosten aufgeschult. Aus den amtlichen Sitzungsprotokollen der Gemeindevorstellung und durch die Vernehmung der 40 Zeugen gewann der Richterhof die Ueberzeugung, daß die dem Amtsvorsetzer gemachten Vorwürfe der Begründung entbehren. Der Angeklagte Schilling wurde daher mit 600 M., Liebing mit 500 M. Geldstrafe bestraft, auch wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugniß zugesprochen.

Veranstaltungen.

Nationale kaufmännische Kranken- und Sterbekasse. Dienstag, den 12. Dezember 9 Uhr, im Restaurant G. Hohenburg, Kommandantenstr. 10/11: Vorstandssitzung.
Veranstaltung des Verbands deutscher Zimmerleute Schneberg und Umgegend am Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Jafob, Grammschtr. 110.
Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Generalversammlung. Dienstag, Abends 8 Uhr, Annenstr. 18: Vorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Prüfung über Steinbildhauer-Angelgehörten.
Landmannschaft des Schleswig-Holsteiner in Berlin. Dienstag, den 12. Dezember, Abends 9 Uhr, So. Handlung im Restaurant von Landmann G. So. Marktstr. 100.
Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Christenmahlung Berlin II. Nord. Heute, Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, Veranstaltung bei Hecht, Bergr. 12. Tagesordnung: Vortrag.
Berlin Berliner Hausdiener. Dienstag, den 12. d. Mts., Abends 9 Uhr: Ehrenliche Mitglieder-Versammlung in den Kaminböden, Kommandantenstr. 20.
Aktion, Schneider und Schneiderinnen! Deutscher Verein am Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, in Prochnow's Hof (früher Reichel), Schillingstr. 22. Tagesordnung: 1. Prüfung über Schneiderinnen „Solidarität“. 2. Vortrag, Annenstr. 18 bei Ehrenberg, Vereinsführung, nachdem Verhandlung, Abends 8 Uhr.
Arbeiter-Gildungsverein für Friedrichshagen. Ehrenliche Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr bei Hecht (Schwarzer Adler). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reichel über die Bedeutung der Arbeitervereine und die Arbeiterbewegung.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wehrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt derselben identifizirt zu werden.
„Werne gehorchen, was zu fröhlich!“
„Werne dienen, ohne zu säumen!“
„Werne schaffen, ohne zu träumen!“
„Werne leiden, ohne zu klagen!“
So lautet ein Vers auf der Seite 35 eines Heftchen von dem Hektor Promme herausgegebenen und von den Lehrern der 125. Gemeindevorstellung den Schülern zum Verkauf für 10 Pf. empfohlenen Buches, das den Titel hat: „Des guten Kindes Wünsche.“
Der Gedanke, welcher in jenen vier Strophen seinen Ausdruck findet, ist der, die Kinder zu denkenden Menschen nicht, wohl aber zu Schauern zu erziehen. Nur nicht kritisiren, nicht denken, aber alles Leiden, alles Ungemach ertragen ohne zu mühen.
Ihr Ehre unseres Lehrerstandes wollen wir annehmen, daß es nur Wenige seien, welche den Standpunkt einnehmen, welcher sich in jenen vier Strophen ausdrückt; wünschenswerth ist es aber, daß Herr Schulrath Vertram und die Herren Schulinspektoren ihre Mißbilligung aussprechen und die weitere Verbreitung ihres Buches in den Schulen untersagen; daß es den Gymnasialen u. s. w. nicht angeboten werden wird, ist kaum zu bezweifeln. Der übrige Inhalt des Buches lohnt nicht der Besprechung, so viel sei indes bemerkt, daß das Herplappern einiger Lauscher an die Eltern keinen Werth hat, das Kind findet selbst durch Wort und Gebärde den Ausdruck seines Dankes.

Uebrigens sollte es den Lehrern nicht gestattet werden, die Geistesprodukte zum Verkauf in den Schulen anzubieten, es hat allzusehr den Anschein, als solle ein Profiteur gemacht werden. Gustav Saader, Weberstr. 24.

Berichtigung.

In dem in Nr. 290 veröffentlichten Bericht der im 6. Wahlkreise abgehaltenen Versammlung ist von dem Schankwirth Peter, Chauffeurstraße gemeldet worden, daß er Bier aus der Norddeutschen Brauerei zum Ausschank bringt. Diese Mittheilung beruht auf einem Irrthum, gemeint ist nicht der genannte Schankwirth, welcher schon mit Beginn des Bojotits das Bier nicht mehr verzapft, sondern der Schankwirth Meier, Ecke der Fenn- und Reinickendorferstraße.
Wilk. Gieshoit,
Vertrauensmann des 6. Wahlkreises.

Literarisches.

Fr. Chr. Schloffer's Weltgeschichte für das deutsche Volk. Von Dr. Oskar Jäger und Dr. Franz Wolf. 19 Bände. (1. Band. Berlin, Verlag von Oswald Seeberg. Preis 2 M.)
Deutscher Taschenbuch-Verlag für das Jahr 1893. Herausgegeben von C. Gajadow, Berlin S.O. 28. Preis gebunden 2,10 M.
La Société Nouvelle. Revue internationale de Sociologie, Arts, Sciences, Lettres &c. Année — Tome II. Paris, rue de la Rochefoucauld 88.

Der Weihnachtsmarkt. Mauderei von G. D. Schneider. Berlin, Paul Scheller's Buchhandlung.
Die Waffen nieder. Monatschrift zur Förderung der Friedens-Idee. Herausgegeben von Baronin Bertha von Suttner. Berlin W. 35, Potsdamerstr. 27 bei Alfred O. Fried u. Cie.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, ihre Ernährung und Wohnung, Einkommen, indirekte Besteuerung, Krankheit und Sterblichkeit. Nebst einem Anhang: Die Zusammenfassung der Nahrungsmittel. Von Emanuel Burm, Verlag von R. Schnabel, Dresden. Zum ersten Mal wird hier eine übersichtliche Zusammenfassung statistischer Erhebungen gegeben, die den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen der Volksmassen klarlegen und zeigen, in welcher Weise die Lebenskraft des Volkes abhängig ist von seinem Einkommen. Der Verbrauch an Nahrungsmitteln und Genussmitteln, die Höhe des zu einer normalen Lebenshaltung erforderlichen Einkommens und die Beschaffenheit der Wohnungen wie Arbeitsräume sind einer eingehenden durch zahlreiche statistische Belege begründeten Beurtheilung unterzogen, während gleichzeitig Anweisungen gegeben werden, wie die so notwendigen Umfragen auf diesem Gebiete einseitig und entsprechend gestaltet werden können. Der Preis der 9 Bogen starken, mit gutem Papier und Umschlag ausgestatteten Broschüre ist 60 Pf. Bestellungen nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

Vermischtes.

Wieder Einer. Hamburg, 12. Dezember. Der nächste Banquier Carow wurde heute in Friedrichsdorf verhaftet.
Großfeuer. Kopenhagen, 12. Dezember. Die auf dem Strandwege gelegene sogenannte Schwannmühle (Wind- und Dampf-mühle) ist in der vergangenen Nacht abgebrannt. Etwa 9000 Tonnen Weizen und ein großer Viehvorrat wurden ein Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden wird auf etwa eine halbe Million Kronen geschätzt.
Engelmacherin. Pöds, 12. Dezember. Das Bezirksgericht in Pettau verurtheilte die Hebamme Bednarska, eine „Engelmacherin“ schleimiger Sorte, in deren Keller, wie seinerzeit gemeldet, eine größere Anzahl Kinder leichen gefunden wurde, nur wegen Verheimlichung von Leichen zu einjähriger Gefängnis. Der Staatsanwalt, der 15 Jahre Zwangsarbeit beantragt hatte, meldete sofort Berufung an.

Briefkasten der Redaktion.

A. Wildhauer, dahier. Was Sie wünschen, ist nicht so schnell zu erledigen. Es will geprüft sein, und wird geprüft.
G. A. D. Die Arbeitsordnung kann jetzt noch nicht zurückgesandt werden.
Fr. S. Casbe. Der Vorstand hat die Sendung empfangen.
E. S. 24. Ist und unterleant. Bemühen Sie sich persönlich nach unserer Parteibuchhandlung.

Theodor Fricke,

Strickgarn- und Strumpfwaren-Fabrik, Berlin.

1. Geschäft: Oranienstr. 174. 2. Geschäft: Jannowitzbrücke 1.

Tricot-Damen-Tailen

Winterstoff mit eingewirktem Futter von 2,50—7,50 Mark.

Herren-Westen

links und rechts gestrikt, mit und ohne Muster, 2,75, 3,00, 4,00, 4,50, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00.

Damen- und Kinder-Westen

von 1,50—6,00 M.

Neuheiten

in hocheleganten Capotten in allen Farben 2,25, 3,00, 4,00, 4,50, 6,00, 7,50.

Wollene Plaids und Tailen-Tücher

in großer Auswahl von 2,00, 2,50, 3,00—6,50.

Bei Abnahme von 3 Stück einer Sorte 10 Prozent Rabatt.

Normal-Hemden	
Gr. 1	2 3 4
Merino	1,50 1,80 1,75 1,90
Halbwollene	3,50 4,00 4,50 5,00
Reinwollene	4,50 5,00 5,50 6,00

Normal-Hosen	
Gr. 3	4 5 6 7
Merino	1,40 1,50 1,60 1,75 1,90
Halbwollene	2,50 3,00 3,50 4,00 4,50
Reinwollene	4,00 4,50 5,00 5,50 6,00

Unterjacken für Herren und Damen	
Merino	0,85 1,10 1,40 1,70 1,90
Bigogne	1,55 1,85 2,15 2,45 2,75
Angora	2,75 3,00 3,25 3,50 3,75
Reinwoll.	2,75 3,25 3,75 4,25 4,75
Respirations-Angora	2,75 3,00 3,25 3,50 3,75

Winter-Unterhosen mit einfachem Bund	
Gr. 4	5 6 7
Ungebleicht	1,10 1,35 1,60 1,90
Merino	1,25 1,50 1,75 2,00
Starke Merino	2,25 2,50 2,75 3,00

Volksseife.

Rein, mild, vortheilhaft. Stück 10 Pf. Zu Geschenken passend, in Cartons zu 3 Stück und 6 Stück. Für Wiederverkäufer zu haben bei 89902
Max Köhler, Dresdenstr. 33, II.

Sophastoff-Reste

in Kips, Damast, Erbsen, Fantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! Proben franko!
Berlin S, Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Auf die Hausnummer bitte zu achten.
Donnertagen mit 10 pCt. Rabatt bei kleinen Einkäufen von 1 M. ab. Zuckerwaaren, Marzipan am besten und billigsten bei 89983
J. Sturm, Mühlstraße Nr. 5, an der Kochstraße.
J. Sturm (Joh. Karl Weinhardt) Neue Königstr. 42.
Fr. Reinisch, Waffers- und Gartenstraßen-Ecke.

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei,

50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.
Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 533 L.

Robert Meyer,

Str. 2, Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Jamaica-Rum,

echt Verschnitt, u. fac. Literl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. M. 2,10.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.
Ingber-Likör, hochrein, magerhaltend, Literl. M. 1,10, 1,60, 2.
Echt Stonsdorfer Bitter-Likör, Liter 1,20, 5 Str. 3,50, 10 Str. 10.
Cognac fine Champagne, 1/4 Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
Glühwein-Extrakt, Literl. M. 1,60. Punsch-Extrakt, Literl. M. 1,60.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 6.

Keine kalten Füße mehr!

Wichtig für Alle, welche im Freien oder in ungeheizten Räumen sich aufzuhalten gezwungen sind. Heizbare Einlagen in Schuhwerk zum Warmhalten der Füße. Durch Patent-Urkunde No. 59 404 gesetzlich geschützt.
Preis für 1 Paar Einlagen Mt. 3,00.
Probepaar nebst Gebrauchsanweisung sowie alleiniger Bezug durch das General-Depot für Deutschland bei
H. Meyer, Berlin O., Neue Friedrichstr. 79a, 1 Treppe.
Bei schriftlicher Bestellung muß die Fußlänge angegeben werden! Versand nur gegen Nachnahme!

Photographisches Atelier,

Holzmarktstr. 71,
hält sich bestens empfohlen und bittet, Weihnachtsaufträge rechtzeitig aufgeben zu wollen. 83128

Pfandleihe G. Meyer,

Wienerstr. 1/6, Ecke Statikerstraße, beleihet jede Werthsache, Verkauf von Herren- u. Damen-Uhren, g. Ringe, Ketten, Kleidungsstücke bill. Jeden Sonntag abend 10 Uhr, 1. Feiertag geschl. 444b

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen. Noth im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, Legt Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.

Machemine Freunde u. Genossen aufmerksam, daß ich meine selbstgefertigten Sonnen- und Regenchirme um 1 M. billiger verkaufe wie im Laden.
528b J. Riehl, Waldemarstraße 52, partierre.

Nohtabak.

Guatara, weißbrennend, 2 1/2 Pf. D. 53
Dekant, 2 Pf. 1,60 M. 53 18
F. Wienert, Rosenhallerstr. 28.

Pelzwaaren.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen. Stallfischerstr. 50/51, v. 1. 842b
Ede Alexandrinenstr.

Aus England.

London, 8. Dezember.

In St. James-Hall, einem der größten Säle Londons, tagt seit gestern eine „nationale landwirtschaftliche Konferenz“. Sie ist auf Veranlassung des Verbandes der Pächter-Bauern Lancashire's von dem Komitee der vereinigten Landwirtschaftskammern einberufen worden, um über die Ursachen der gegenwärtigen Nothlage der englischen Landwirtschaft und die Mittel zur Abhilfe derselben zu berathen. Schon der erste Tag hat gezeigt, daß auf dieser, übrigens außerordentlich stark besuchten Konferenz die Getreidepächter und Vintetallisten das Uebergewicht haben. Es ist dies auch weiter kein Wunder, denn die Landarbeiter sind fast gar nicht, die Kleinpächter nur sehr unzureichend auf der Konferenz vertreten, desto besser aber die Landlords und ihr Anhang. Und für die Landlords handelt es sich ja nur um die Rettung der Rente, die heute nicht anders möglich ist als durch einen Zoll auf die Produkte der Landwirtschaft, während die Pächter, genannt Vintetallisten, den draven Leuten mindestens momentan die Möglichkeit einer Brandspargung des konsumierenden Publikums in Aussicht stellt. Die schon klingenden Argumente, mit denen diese Mittel dem Publikum innerhalb und außerhalb der Konferenz plausibel gemacht wurden, sind dieselben, die den deutschen Agrarier und daher den Lesern des „Vorwärts“ zur Kenntnis bekannt, so daß ich nicht weiter auf sie einzugehen brauche. Wer etwas gegen sie einzuwenden wagte, wurde von der wohlorganisirten Klasse der Getreidepächter nach Möglichkeit niedergeschrien oder durch fortwährenden Gelächter eingeschüchtert. So unter anderem der einige Vertreter der Landarbeiter, der gestern zum Wort kam, Allen aus Herrschaft. „Seid ihr Agitatoren“, brüllte der Chor der Landlords und ihrer Agenten, am lautesten wahrscheinlich diejenigen der letzteren, die eben auch nichts sind als bezahlte Agitatoren, nur mit höherem Lohn und weniger anstrengender Beschäftigung. Allen verriet übrigens nicht die Tribüne, ohne den Herren entgegenzusetzen zu haben, daß in Zukunft der Ertrag der Landarbeit denen zufallen habe, die ihn produzieren, und nicht den Landlords, die nichts thun. Großes Mißfallen bei den dominierenden Geistern der Versammlung erregte ferner das radikale Parlamentsmitglied und Mitglied des Londoner Grasschaftsgerichts William Saunders mit seinem Hinweis darauf, daß die englische Landwirtschaft deshalb zurückgehe, weil sie von der anderer Länder in der Produktionsmethode überholt werde. Saunders, einer der besten unter den Radikalen, hielt der Versammlung aus eigener Erfahrung entgegen, daß die Löhne der Landarbeiter nie so schlecht waren, als gegen, daß die Landlords sich der besten Schutzgölle erfreuten. Und die Mehrheit war für solche Argumente unzugänglich. Einen praktischen Erfolg werden natürlich die schutzgölnereischen Beschlüsse der Konferenz nicht haben, denn ein Land, das so vorwiegend industriell ist, wie England, kann in heutiger Zeit nicht zum Schutzoll und am allerwenigsten zum Getreideschutzoll übergehen; das werden sich die Drahtzieher der Konferenz wohl selbst gesagt haben. Aber es kommt ihnen vor allem darauf an, selbst gesagt haben. Aber es kommt ihnen vor allem darauf an, eine Agitation in Fluss zu halten, die die Löhne möglichst von anderen Fragen ablenkt und unter der Firma einer Partei der „Landwirtschaft“ Wampel für die Tories einzufangen. Bis zu einem gewissen Grade wird ihnen das angesichts des großen Mißganges der Krise auch gelingen, wenn nicht der heutige Tag, wo u. A. das künftige Thema der Systeme der Bodenbesetzung und das noch künftige der Bodenrente verhandelt werden sollen, die Blase zum Platzen bringt.

Wie ich schon oben sagte, verheimlicht sich ein großer Theil von denen, die für die Schutzgöllepolitik stimmten, durchaus nicht die geringen Aussichten auf Verwirklichung derselben. Aber wenn die einen es thaten, um im Trüben zu fischen, thaten es die anderen, weil eine bloße Resolution ja nicht schaden kann und niemand verpflichtet, von anderen Forderungen abzustehen.

Und daß es nicht noch andere Mittel gibt, der englischen Landwirtschaft aufzuhelfen, als Schutzgölle und Zinsrückzahlung, dafür sind die Anwälte dieser „Reformen“ den Beweis noch schuldig geblieben.

Zwischenfrage ist, daß das bisherige System der Bodenbesetzung in England — Landlord, Pächter, Arbeiter — unhaltbar geworden ist in einer Zeit, wo der Preis der Bodenprodukte sich nach denselben Grundgesetzen regelt, wie der der Industrieprodukte, d. h. nach den billigsten Produktionskosten. Die ökonomischen Voraussetzungen der Ricard'schen Rententheorie haben aufgehört zu existieren, und damit hat die Rente selbst ihre Existenzberechtigung verloren. Der Grundbesitzer als bloßer Rentenbesitzer ist überflüssig — nein, direkt schädliches Element geworden, er muß aus der Kategorie der aus dem Ertrag der Landwirtschaft ihr Einkommen beziehenden ausgeschieden. Wie sehr dies zutrifft, kann man daraus erkennen, daß selbst einer der intelligentesten Vertreter der englischen Grundbesitzer, der Minister der Landwirtschaft im letzten Torquintinerium, Chaplin, es in der Eröffnungsrede auf der Konferenz fast unmerklich zugegeben hat. Nur behauptet Herr Chaplin, daß die Rente im Grunde schon verschwindend sei und der Bodenbesitzer heute höchstens noch den Zins — zu 2 1/2 pCt. — für das in den Boden gesteckte Kapital bezüge. Wie ihm auch schon in der Versammlung entgegenzusetzen wurde, ist das letztere durchaus noch nicht der Fall, aber man kann Herrn Chaplin beim Wort nehmen, daß die ökonomische Nothwendigkeit dahin treibt, wer der Wegfall der Rente ist nur die eine Seite der Frage, die andere ist die Steigerung der Produktivität des Bodens, der Uebergang zu höheren Produktionsformen. In der englischen Landwirtschaft wird die Maschine bei weitem noch nicht in dem Maße angewendet, wie in der amerikanischen, zum Theil, weil die menschliche Arbeitskraft bisher zu billig war und sich daher die Anschaffung der theureren Maschinen nicht lohnte, namentlich nicht für Pächter, die hohe Renten zu zahlen hatten. Die vollständige Beseitigung der Rente würde nur die halbe Lösung der Frage sein, ihre endgiltige Lösung heißt Uebergang zum genossenschaftlichen Großbetrieb, und diese wird erst der Sozialismus bringen.

Soziale Ueberblick.

Au alle Buchbinder und in verwandten Betrieben beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen!

Es sind verschiedene Anfragen an mich ergangen, ob die Buchbinderinnung ein Schiedsgericht habe oder nicht. Durch Nachfrage beim Landesmeister Herrn Reichardt ist mir die Mitteilung geworden, daß die Innung seit 14 Tagen ein Schiedsgericht besitzt. Es geben somit alle bei Innungsmitteln beschäftigten Gesellen und Arbeiter ihres Wahlrechtes zum Gewerbeamt verlustig. Da vor mehreren Jahren die Arbeiter sich weigerten, einen Gesellenauschuss zu wählen, weil sie den Innungsrath nicht mitmachen wollten, hat man sich dieses Jahr zum Nutzen gemacht und beschließt, die auch bei Innungsmitteln beschäftigten nötigen Werkzeuge — erennen. Die Namen der „ernannten“ Vertreter waren trotz eindringlichem Befragen

nicht zu erfahren; ob der Herr Obermeister vielleicht fürchtete, dieselben könnten wieder „abspinnen“, oder ob man überhaupt noch niemanden hat finden können, steht also dahin. Mehrere dazu Außerlorene lehnten das Amt rundweg ab, und es ist zu hoffen, daß alle aufgeregten Kollegen es ebenso machen werden. Vielleicht greift man zu dem Universalmittel und bestimmt: Entweder Schiedsrichter werden oder die Arbeit verlassen! Wie dem auch sei, die Organisation der Arbeiter wird für diese Kollegen stets eintreten, falls Maßregelungen vorkommen. Bezeichnend aber ist es, daß die Innungsmeister aus den Reihen der Arbeiter willkürliche Auslese halten können und noch obendrein das Recht haben, falls die Richterprüche der „Gewählten“ den Herren nicht gefallen, jederzeit sie durch andere zu ersetzen oder sie aus der Arbeit zu entlassen! Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß laut Gesetz betr. die Gewerbeämter § 70 Abs. 3 gegen die Entscheidungen der Innungen und deren Schiedsgerichte binnen 10 Tagen die Berufung auf den Reichsweg durch Erhebung der Klage bei den ordentlichen Gerichten zulässig ist. Ferner theile ich noch mit, daß ich in nächster Zeit eine öffentliche Protestversammlung einberufen werde, zu welcher ich den Innungsvorstand einzuladen gedenke.

Vernh. Jost, Delegirter der Streik-Kontrollkommission.

Die Steinhauer der Firma H. Berger in Bremen haben am 8. ds. Mts. früh die Arbeit wegen Lohnkürzung niedergelegt. Die Ausschüsse bitten um Herabhalten des Löhnes. Adresse für Zuschriften ist: Arnold, Steinhauerstr. 23, 11, Bremen. Die Generalkommission.

In der Fischer'schen Weichseifengießerei zu Brunn ist ein Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

In Agram ist ein Streik ausgebrochen. In der Druckerei „Karolina-Molina“ stellten 115 Arbeiter die Arbeit ein, 15 schlossen sich dem Streik nicht an. Auf telegraphischem Wege sind Arbeiter bestellt worden, einige langten bereits ein. Als sie bemerkten, daß ein Streik ausgebrochen sei, nahmen sie die Arbeit nicht auf. Zugang ist streng fernzuhalten.

5000 Bergleute haben in Steierdorf die Arbeit wegen Lohnherabsetzung eingestellt. Der bisherige Lohn betrug 1,80 fl. pro Tag.

In Budapest dauert der Streik der Holzbildhauer fort. Die Zahl der Ausständigen beträgt 60. Das Streikkomitee ersucht alle Arbeiter um Unterstützung. Adresse Expedition der „Arbeiterpresse“, Budapest, VI. Renninger Gasse 6.

510 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden vor 3 Wochen in Senftenberg (Böhmen) ausgesperrt. Das kam so: Die Arbeiterinnen der Wollerei und Färberei des Fabrikhabers Bonviller, welche schwer arbeiten müssen, erhalten täglich 58 bis 65 kr. Lohn. Die Arbeiter erhalten 60—75 kr. Sie fanden endlich, daß sie mit diesem elenden Lohne nicht leben können, und sandten einige Arbeiter zu dem Fabrikhaber mit der Bitte um Lohnerhöhung. Da kamen sie aber schon an. Der Fabrikhaber erklärte, er habe mit den Abgesandten der Arbeiter nicht zu sprechen. Die Arbeiter ließen nun die Arbeit liegen. Am halb 3 Uhr Nachmittags fand die Lohnauszahlung statt und um 3 Uhr wurde das Personal aus der Fabrik auf die Straße gejagt und die Fabrik geschlossen. In allen Zeiten des Jahres ändern Senbarnen, um im Falle der „Nothwendigkeit“ eingetreten. Die Arbeitsbücher sollen die Ausgesperrten von Bürgermeistern holen. Der größte Theil des Personals hat 20 bis 40 Jahre in die Invalidenliste gesetzt. Die erworbenen Rechte sollen nun für die Ausgesperrten verloren gehen. Unterstützung ist dringend notwendig und zu senden an: Anton Dvorak in Senftenberg Nr. 403 in Böhmen.

Krankenkassenwesen. Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ist der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tapezirer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (G. S.) in Hamburg und der Kranken- und Sterbelasse für Bäcker und verwandten Berufsgenossen (G. S.) in Hamburg vom Reichsfinanzamt die Genehmigung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Aus Leipzig wird geschrieben: Auf den energischen Protest, den die Mitglieder der Ortskasse gegen die kürzlich beschlossene Einführung einer dreitägigen Karenzzeit einlegten, ist jedenfalls der Beschluß der Generalversammlung der genannten Kasse vom 9. Dezember zurückzuführen, der jenen Beschluß aufhebt und eine eintägige Karenzzeit einführt. In dieser Beziehung nun auch nicht noch den Wünschen der Kassensmitglieder, so ist er doch besser als der erste. Leider läßt es das Gesetz zu, daß die Arbeiter überhaupt derartige Beschlüsse fassen können. Von gegnerischer Seite mußte zugegeben werden, daß auf die traurige Zeit Rücksicht zu nehmen sei, es solle mit der eintägigen Karenzzeit auch nur eine Probe gemacht werden. Wenn nun die Kasse finanziell nicht besser entwiklele, müsse man jedoch später wieder auf die dreitägige Karenzzeit zurückkommen, da die Kasse besser bezahlt werden müßte. Es ist wohl anzunehmen, daß dies nur ein anständiger Rückgang sein soll. Einen derartigen Beschluß werden die Arbeiter, falls er wirklich gefaßt werden sollte, noch energischer zurückweisen als das erste Mal.

Um den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen, hatte die Kommune Mühlhausen i. Th. 5000 M. bewilligt, was anzuerkennen. Zu tabeln jedoch ist, daß der den Arbeitslosen zugedachte Stundenlohn von 14 Pf. auf 13 Pf. gekürzt wurde, so daß diese wöchentlich nur 6—7 M. verdienen können. Wie bei solchem Verbleib der Arbeiter sammt seiner Familie sich fall essen, Miete, Kleidung zc. bezahlen soll, ist ein Räthsel, dessen Lösung jedenfalls auch dem Mühlhäuser Magistrat schwer fallen dürfte. Wegen der Lohnkürzung ist es dieser Tage zu einem Streik der Arbeiter gekommen, der durch beiderseitige Verständigung allerdings bald sein Ende fand. Immerhin ist es charakteristisch für die herrschenden Klassen, daß selbst da, wo sie einmal selbst einsehen, daß dem Arbeiter auf außerordentliche Weise geholfen werden muß, sie noch eine Sparmaßnahme, welche bei manch anderer Gelegenheit viel mehr am Platze wäre.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Buchbinder-Versammlung, die am 4. Dezember in der Buchbinderlei tagte, hielt Liebknecht einen Vortrag über das Thema „Der wirtschaftliche Uebergang, dessen Ursachen und Folgen“. Von der überaus zahlreich versammelten Zuhörerschaft aufs lebhafteste begrüßt, gedachte Liebknecht zu Anfang seiner Rede der warmen Aufnahme, welche er bei den Berliner Buchbindern gefunden, als er noch elfjährigen Exil 1868 zum ersten Mal wieder öffentlich im Deutlandslande aufgetreten sei. Der Aufenthalt im Lande der Fickelhaube sei ihm allerdings nicht lange vergolten gewesen; als er das bekannte Anekdote, in die Rebellion der „Norddeutschen

Allgemeinen Zeitung“ einzutreten, zurückgewiesen habe, sei als Antwort auf diese Ablehnung ihm der Ausweisungsbefehl zugestellt worden, und zwar auf Grund einer im Buchdruckeramt gehaltenen Rede gegen den Staatssozialismus. Auf das eigentliche Thema eingehend, legte Liebknecht dar, wie die kapitalistische Produktionsweise das herrschende Element verallgemeinert, es zu einem internationalen Uebel gestaltet hat. Es liege eben im Wesen des Kapitalismus, daß er, je weiter er in seiner Entwicklung fortschreite, desto mehr menschliche Arbeitskräfte überflüssig mache, dem Glende überantworten müsse. Einerseits würde das Gros der Arbeitslosen durch stete Verbesserung der Maschinenteknik vermehrt, andererseits aber dadurch, daß das große Kapital den Mittelstand, das Kleinbürgertum unerbittlich vernichte, ins Proletariat hinabstoße, so dessen Reihen neue Scharen Beklaffter zuführe. Diesem Prozeß entspreche sich kein Kulturland, kein Produktionszweig. Als ich, so fuhr Liebknecht fort, vor kurzem in Marseille war, hatte ich Gelegenheit, die agrarischen Verhältnisse Frankreichs zu beobachten und mußte wahrnehmen, daß auch in diesem klassischen Lande des Kleingrundbesitzes der Bauer unrettbar jenem Schicksal verfallen ist. Wie in Deutschland der „Grunder Bauer“ vom Großgrundbesitzer proletarisirt wird, ist Ihnen bekannt. Mag der Antisemitismus auf dem Lande und beim städtischen Mittelstande auch noch vorläufig seinen Spul treiben können; weil er eben unproduktiv, im innersten Kern hohl ist, kann er keinen dauernden Erfolg für sich haben; ihm liegt höchstens der geschichtliche Beruf ob, für die Sozialdemokratie den Boden zu bearbeiten. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Liebknecht nach, wie auch in England und Amerika der Kapitalismus auf allen Gebieten der Produktion das Glend in Permanenz erkläre und wie der frühere Trost, daß auf die absteigende Periode, die Krise, wieder eine aufsteigende folgen müsse, heute nicht mehr maßgebend ist. Man könne überhaupt heute nur noch von einem dauernden Niedergang reden, die moderne Produktionsweise sei in einer Sackgasse angelangt, aus der es nur einen Ausweg gebe, den Sozialismus. Dies hätte das Proletariat begriffen und sich daher politisch wie gewerkschaftlich organisiert. Nur in der Organisation, so fuhr Liebknecht fort, ist die Konzentration der Kräfte auf einen Punkt möglich und die Möglichkeit vorhanden, die heutigen Zustände zu beseitigen. Einer ist nicht. Wir sollen aber alles sein und können alles sein. Unernühtes wollen wir aber Kinder, nur der Wille, der auf Wissen beruht, kann etwas schaffen. Die Organisation des Proletariats muß sich mehr zusammenschließen. Der gewerkschaftliche Klassenkampf muß zum politischen Befreiungskampf entwickelt werden. Redner kommt dann auf den Trades-Unionismus zu sprechen und ist der Meinung, daß es demselben nur möglich war, etwas vom Kapitalismus zu erreichen, so lange England den Weltmarkt beherrschte. Seitdem die Engländer auf dem Weltmarkt Konkurrenten erwakten haben und ihnen ein Stück nach dem andern entziffen wurde, sind auch die Löhne gekürzt worden. Die Arbeiter haben zwar versucht, gestützt auf ihre vorzügliche Organisation, die Löhne zu halten, sind aber nicht im stande gewesen, die Reduktionen abzuwenden; höchstens das Willkürliche der Kürzungen haben sie abgeschwächt. Redner verwies auf die beiden Streiks in der Kohlenindustrie, welche, von den Großkapitalisten veranlaßt, Zeugnis abgelegt haben von deren Unfähigkeit, die Produktion zu leiten. Das Beispiel Englands hat gezeigt, daß eine gewerkschaftliche Bewegung allein nicht im stande ist, den Kampf zu führen. In England giebt es auch keinen Gewerkschafter der jüngeren Generation, der da glaubt, daß auf gewerkschaftlichem Gebiete allein das Heil zu erwarten ist. Anknüpfend an die in England zwischen Kapital und Arbeit geführten Kämpfe kommt Redner auf den Buchdruckerstreik zu sprechen und zeigt, wie die beste Gewerkschaftsorganisation Deutschlands erliegen mußte, obgleich die Arbeiter allerwärts für dieselbe eingetreten sind. Die Niederlage war aber, es mag grausam klingen, für uns und die Arbeiterbewegung ein Glück, indem sie unter der gesammten Arbeiterklasse Klärung geschaffen hat. Auch für die preussische Armee war die Niederlage von Jena ein Glück. Wir haben gesehen, daß die Gewerkschaft allein nicht genügt; den modernen Ideen ist Eingang verschafft worden, man hat eingeschrieben, daß die Kraft nicht bloß auf gewerkschaftlichem Gebiete angewendet werden darf. Jeder, der am Rische der Kultur sitzen will, muß weiter streben. Er muß sich nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch betheiligen und die Partei, der er sich anschließen hat, ist die Sozialdemokratie. Nöthig ist der Weiterausbau der Organisation. 1 1/2—2 Millionen können noch nicht den Sieg bringen. Es giebt leider noch viele unserer eigenen Brüder, welche uns gegenübersehen. Diese müssen gewonnen werden. Hier in Berlin lesen die Arbeiter Zeitungen. Auf den Börsen jedoch und den kleinen Städten, wo nur das Amtsblatt gelesen wird, worin steht, die Sozialdemokraten sind unmoralische Leute, sie wollen „theilen“ (als ob es da noch etwas zu theilen gäbe!), giebt es noch viel zu thun. Jeder, der die Nothwendigkeit begriffen, hat deshalb die heiligste Pflicht, sich selbst zum Kampf zu stellen, in Stadt und Land, damit die Fahne des Sozialismus auf den Zinnen der Gesellschaft angepflanzt und der Sieg proklamirt werden kann. (Ausgehender Beifall.)

Von einer Diskussion über den durch Stieren Beifall unterbrochenen Vortrag wurde Abstand genommen. Ebenso wurde der vorgeschlagenen Zeit wegen (der Vortrag dauerte gegen zwei Stunden) der zweite Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. An dessen Stelle wurde das neueste Projekt des Deutschen Buchdruckervereins (Prinzipale) einer Kritik unterzogen, aus welcher sich die Ignoranz dieser Herren auf ökonomischem Gebiete ergab.

In Erlang-Kandidaten für die Gewerbeämterwahl nominirte man die Kollegen Höppner, Königs, Pasewaldt.

Rhythm noch kleinere Angelegenheiten zur Erledigung gebracht waren, wurde gegen 8 Uhr die Versammlung mit einem draußenden Hoch auf die Solidarität der Buchdrucker- Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen.

In einer Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins hielt am 4. Dezember Frau Lunau eine Vorlesung über „Die Erdeben und der Jesus“. Nach der Vorlesung folgte gemüthliches Beisammensein.

Ueber die Ursachen der heutigen Geschäftskrise hielt der Genosse Stabernack kürzlich in einer Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins zu Friedrichsfelde einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprach der Genosse Arnold im Sinne des Referenten. Hierauf bewilligte die Versammlung zu einem am 2. Weihnachtstage abzuhaltenden Vergnügen den Betrag von 15 M.

In dem kürzlich veröffentlichten Bericht über die von der Ortskrankenkasse der Kienpner letzten abgehaltenen Versammlung wird uns ergänzend mitgetheilt, daß der fünfgliederigen Kommission nicht die Konstituierung des neuen Vorstandes oblag, sondern vielmehr die Feststellung des Resultats der Delegirtenwahl. Dies Resultat wird in nächster Zeit bekannt gegeben. Ferner habe Kollege Trange, welcher in der Versammlung über die Thätigkeit der Delegirten sprach, darauf hingewiesen, daß die vorhergehende Delegirtenwahl nur die Konsequenz sei, welche sich aus der Handlungsweise des Vorstandes und der Weaner der freien Wählung im vergangenen Jahr ergeben. Folglich hätten diese Herren kein Recht, sich darüber zu beschweren, daß sie nicht wiedergewählt worden sind.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-PA“, Waldemarstraße 75: 876/6

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Pariser Kommune 1871. Referent: Genosse Rudolf Köster. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren und Kontrollen. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Versammlung

Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48-49.

Tagesordnung: Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht); Diskussion; Verschiedenes. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei: Franz Kleinert, Fern- und Müllerstraße-Gde; Steinbach, Antonstr. 1; Haverlandt, Bellerophonstraße 87; F. Hermerschmidt, Moabit, Verlebergstraße 28; A. Fincken, Beusselstr. 57; Raabe, Ruppinerstr. 48; Joh. Gnadt, Söwinmünderstr. 120; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Emil Schmidt, Trede- und Diederichsenstraße-Gde; Hermann Kruse, Wappel-Allee 3-4; Kogor, Veteranenstr. 14; Theodor Fischer, Alt-Moabit 57; F. Liske, Schweedterstraße 33. Der Vorstand.

Die Genossen in der Provinz werden gebeten, ihr Gesuch um gelieferte Arbeiterzeitungen, Broschüren u. s. w. an die Adresse des Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Max Biesel, Berlin, Söwinmünderstr. 131.

Verband deutsch. Zimmerleute (Lokalverband Berlin).

Am Mittwoch, den 14. Dezember 1892, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Joel, Andreasstr. 21 (ob. Saal):

Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Wird das Geld steigen?“ Referent Genosse Roland. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Um zahlreichen Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Verein d. Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).

Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Philipp, Rosenthalerstraße 38:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über Sibirien. Referent Herr Türk. 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der Matinee und vom Winterfest. 4. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um rege Beteiligung ersucht Die Verwaltung.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 14. Dezember 1892, Abends 8 1/2 Uhr:

Braugewerkschaft der Klempner und Berufsgenossen

Das Lokal: Söwinmünderstr. 120. Der Vorstand: Söwinmünderstr. 120.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen W. Waack über: „Die Prostitution“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisizers zum Vorstand. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung aller in der Lampenbranche beschäftigten Arbeiter (Gürtler, Drücker, Galvanisierer, Schnittarbeiter) in Boltz' Festsaal, Alte Jakobstrasse 75.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Glocke über: „Kapital und Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisizers zum Vorstand. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.

Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung im Norden

im „Wedding-Park“, Müllerstraße 178.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Timm. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch obiger Versammlungen ersucht Der Vorstand.

Öffentliche

Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung

am Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Brochnow's Festsaal (früher Orschel), Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung: 1. Die Tätigkeit der Agitationskommission. Berichterstatter J. Timm. 2. Diskussion. 3. Rapport von W. Schulze. 4. Neuwahl der Agitationskommission.

Alle Raab- und Tagsschneider, Herrenkonfektions- und Damenschneider, Mäntelherren, Sägler und Stepper sind aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Die Agitations-Kommission.

Bereinig. der Drechsler Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin).

Grosse Matinee

am Sonntag, den 1. Weihnachtsfeiertag, im Souverthans Hanssoui, ausgeführt von den Steitiner Sängern, Anfang 12 Uhr.

Billetts à 30 Pf. sind zu haben in den Zahlstellen der Vereinigung und der Hilfskasse der Drechsler, sowie bei den Kollegen Gernsey, Gneisenaustraße Nr. 63, Quergeb. 4 Tr.; Stadelmann, Mantelstr. 75, Zigarrengeschäft; Lohmann, Kolbuscher Ufer, 3 Tr.; Schulz, Admiralsstr. 40, Zigarrengeschäft; Schweizer, City-Passage, Zigarrengeschäft; Kehr, Rönneckerstraße 126, Hutgeschäft; Pätzold, Reichenbergerstraße 16; und in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Spielwaren.

R. Kohhardt, Brandenburgstraße 3 Große Auswahl von Neujahrskarten.

Große öffentliche Versammlung der Schmiedemeister u. Gesellen Berlins

am Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Hensel's Salon“, Invalidenstr. 1, Ecke Brunnenstraße.

Tagesordnung: 1. Das Verhalten des Innungs-Vorstandes in betreff des Arbeitsnachwelses und Herbergswesens. 2. Verschiedenes. Sämtliche Stellmacher sind hierzu ebenfalls eingeladen.

Handverein der Stellmacher.

Mittwoch, 14. d. Mts., Abends 8 Uhr, Grenadierstr. 39: 5206

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Stellmacher Berlins zur Lokal- oder Zentral-Organisation? 2. Wie stellen wir uns den arbeitslosen Stellmachern Berlins gegenüber? 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Um zahlreichen Erscheinen bittet Der Vorstand.

Chrenerkürnung.

Die Verleumdung und Beleidigung, die ich gegen Herrn Heinrich Kian ausgesprochen habe, erkläre ich für unwahr und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Felig Struchinsky, 5206 Faldensteinstraße Nr. 16.

Zu meinem Geburtstag am Mittwoch, 14. Dezember, erlaube ich mir alle Freunde und Bekannte einzuladen.

C. Schuhmacher, Kochstraße 6. 524b

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Hilfsl. Berlin II (Norden), Dienstag, 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Bergstraße 12:

Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl eines Kassiers. 3. Gewerkschaftliches. 4. Fragelisten. 1743 Die Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert. Der Vorstand.

Dankagung.

Allen lieben Freunden, Kollegen und Bekannten meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, des Holzmachers Gottlieb Sürig sagen wir für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung desselben unseren tiefgefühltesten Dank. Frau Sürig nebst Kindern.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Benthstraße 2.

Folgende empfehlenswerthe

Festgeschenke

halten wir gut und elegant gebunden vorrätig:

Werke belehrenden Inhalts:

- Arbeiterbibliothek, Berliner. I. Serie komplett (12 Bände) gebd. M. 1,80. — II. Serie (14 Bände) gebd. M. 2,40
- Arbeiterfrage, die ländliche. Nach dem Russischen des Rabindran. 2. Aufl. gebd. M. 2,—
- Aveling, Ed., Die Darwin'sche Theorie. Inhalt: Charles Darwin (Biographie). I. Die Entwicklungstheorie. — II. Die Abstammung des Menschen. — III. Affe und Mensch. gebd. M. 2,—
- Bebel, Aug., Die Frau und der Sozialismus. Neueste Auflage gebd. M. 2,50
- Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Portrait Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères. gebd. M. 2,50
- Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters gebd. M. 2,30
- Becker, Bernh., Enthaltungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's und seine Beziehungen zu Jules von Dönniges. Neue Bearbeitung. gebd. M. 2,—
- Geschichte der revolutionären Pariser Kommune in den Jahren 1789-1794. Mit Portrait Marat's. Broschirt gebd. M. 1,50
- Bibliothek politischer Reden. I. Band. gebd. M. 1,50
- Blos, Wilh., Die französische Revolution. Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789-1804. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. 682 Seiten gr. 8°. gebd. M. 5,50
- Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848 und 1849. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. VIII und 672 Seiten gr. 8°. gebd. M. 5,70
- Bock, C. E., Bau, Leben und Pflege des menschlichen Körpers in Wort und Bild. gebd. M. 1,—
- Bommeli, R., Die Geschichte der Erde. Mit vielen Illustrationen und drei Karten. 684 Seiten gr. 8°. gebd. M. 5,90
- Brandes, Georg, Ferdinand Lassalle. Ein literarisches Charakterbild. Aus dem Dänischen übersetzt. Mit Lassalle's Porträt. 2. Aufl. gebd. M. 3,50
- Corvin, Pfaffenpiegel. Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche. gebd. M. 4,—
- Darwin, Ch., Entstehung der Arten. gebd. M. 3,—
- Engels, Friedr., Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluss an Lewis H. Morgan's Forschungen. 4. Aufl. gebd. M. 1,50
- Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen bearbeitet. 2. durchgesehene Auflage. XXXII und 300 S. Mit einem Plan von Manchester. gebd. M. 2,50
- Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. 2. Aufl. gebd. M. 3,—
- Humboldt, A. v., Kosmos. Neue wohlfeile Ausgabe. gebd. M. 6,—
- Ansichten der Natur mit wissenschaftlichen Erläuterungen. Herausgegeben von Wilh. Bölsche. (Mit Humboldt's Bildnis.) gebd. M. 1,—
- Kautsky, K., Thomas Moore und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung. gebd. M. 2,50
- Karl Marx' ökonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. gebd. M. 2,—
- Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil. 2. Auflage. gebd. M. 2,—
- Köhler, O., Welterschöpfung und Weltuntergang. Die Entwicklung von Himmel und Erde, auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt. Zweite veränderte und erweiterte Auflage. Mit 64 Abbildungen und 2 Sternkarten. gebd. M. 3,50
- Köhler, O., Der sozialdemokratische Staat. Grundzüge einer mathematischen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems. gebd. M. 1,60
- Lange, F. A., Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. 4. Auflage. gebd. M. 5,—
- Geschichte des Materialismus. gebd. M. 12,50
- Langkaval, B., Der Mensch und seine Rassen. Mit 4 Chromotafeln, 38 Holzbildern und 298 in den Text gedruckten Illustrationen. 680 Seiten gr. 8°. In eleg. Prachtband M. 5,50
- Lassalle, F., Reden und Schriften. Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden.
- Bereits erschienen: Band I: in Leinen gebunden M. 3,— — in Halbfrz. gebd. (Stichbinderband) M. 4,— Band II: in Leinen gebunden M. 4,50 — in Halbfrz. gebd. (Stichbinderband) M. 5,50
- Liebke, Wilh., Volks-Fremdwörterbuch. 6. Auflage. gebd. M. 3,—
- Robert Blum und seine Zeit. gebd. M. 2,—
- Lippert, Julius, Die Kulturgeschichte in einzelnen Hauptstücken. 3 Bde. gebd. M. 1,—
- Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871. Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage. gebd. M. 3,—
- Lux, Dr. H., Sozialpolitisches Handbuch. gebd. M. 2,—
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Bd.: Der Produktionsprozess des Kapitals. 4. Aufl. im Halbfrz. gebd. M. 11,—
- Dasselbe. 2. Bd.: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. im Halbfrz. gebd. M. 10,—
- Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhon's „Philosophie des Elends“. Deutsch von E. Bernstein und R. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. 2. Aufl. gebd. M. 2,—
- Mignet, Geschichte der französischen Revolution 1789-1814. Deutsche Uebersetzung. Mit Illustrationen. gebd. M. 2,—
- Morgan, L. H., Die Urgesellschaft. Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation. Aus dem Englischen übertragen von W. Eichhoff, unter Mitwirkung von Karl Kautsky. gebd. im Halbfrz. M. 7,25
- Nordau, M., Konventionelle Lügen der Kulturmenscheit. gebd. M. 7,50
- Petzler, J. A., Die soziale Baukunst. Gründe und Mittel für den Umbau und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse. 2 Bde. gebd. M. 3,—
- Prows, A., John Sawatome Brown, der Regent von Hawaii. Festschrift zur ersten Säcularfeier der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. gebd. M. —,75
- Renan, Das Leben Jesu. gebd. M. 1,—
- Stern, J., Die Philosophie Spinoza's. Erstmals gründlich aufgeheilt und populär dargestellt. gebd. M. 1,50
- Zimmermann, Dr. W., Großer Deutscher Bauernkrieg. Herausgegeben von Wilhelm Blos. Illustrirt von Victor Schöper und D. C. Pau. 816 Seiten gr. 8°. In elegantem Prachtband M. 6,50

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsverkäufer nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von auswärts ersuchen wir um gleichzeitige Einzahlung des Betrages (Porto extra).